

Ausgabe 01 +++ Oktober / November 1999 +++ umsonst

revista

linke Zeitung für Politik und Kultur in Celle

+++ Rheinmetall in Unterlüß wurde 100 +++ Lokale Meldungen

+++ Nazis morden in Eschede
+++ Umfangreicher Terminkalender

+++ Nachruf auf Gertrud Schröter

Inhalt:

Ein Leben gegen Faschismus und Krieg - Gertrud Schröter in memoriam.....	3
Lokales / Meldungen.....	6
Rheinmetall in Unterlüß wurde 100.....	9
Nazis morden in Eschede.....	10
"Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten" Victor Klemperers Tagebücher in TV-Verfilmung.....	10
Vergeßt Heß.....	11
Auschwitz im Kosovo ?.....	12
Celler Alltag im Faschismus Teil 4.....	15
Gleichstellungsgruppe der PDS gegründet.....	16
Aus der 2. Vollversammlung - Politisches Plenum - im Bunten Haus am 08.09.99.....	17
Projekt Z.....	18
Gute Zeiten - schlechte Zeiten.....	18
Anmerkungen zur neuen Politik der PKK.....	19
PKK: Die Waffen nieder ? Interview mit Taylan Pir.....	20
§ 19 - Ein Spiegel für Rassismus und Frauenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft.....	21
Zersplittertes Leben - Rubin-Schmidtke- Gedächtnisausstellung.....	22
Termine.....	23

Buenos días

in Euren Händen haltet Ihr die erste Ausgabe, einer neuen regionalen Zeitung für Celle. Wir, die junge, bemühte Redaktion hat sich gleich nach dem Ableben der Vorgängerin PUBLIZ zusammengesetzt und mit den Vorbereitungen zum Erscheinen einer neuen Zeitung begonnen. Dies ist das Ergebnis - die **REVISTA** (spanisch für Zeitung). Das Ende der PUBLIZ wollten wir als Chance nutzen, einen Neuanfang zu wagen, linker Politik eine Stimme zu geben, um gerade in Celle dem rechtskonservativen Mainsstream etwas, sei es auch noch so klein, entgegenzusetzen. Konzeptionell haben wir deshalb vieles, wenn auch nicht alles geändert Die **REVISTA** wird alle zwei Monate erscheinen und **umsonst (mit Geld nicht zu bezahlen)** in Kneipen, Veranstaltungsräumen, Läden usw., also möglichst überall, ausliegen. Die Auflage wird mindestens 500 Stück betragen, eventuell wird sie sich noch steigern. Deshalb sind wir auf Spenden und Werbeanzeigen von Euch angewiesen. Linke, kritische Ansätze zu vertreten, ist in den 90'er Jahren zwar nicht sonderlich IN, jedoch angesichts der Geschwindigkeit mit der sich unsere Realitäten ändern wohl nötiger denn jemals zuvor in den letzten Jahrzehnten. Wir denken, daß eine Zeitung eine gute Möglichkeit bietet, emanzipatorische Positionen einer (relativ) großen Öffentlichkeit zugänglich zu machen und wünschen uns, daß Ihr uns durch Beiträge und Anregungen helft möglichst facettenreich und spannend zu werden. Wir werden stets versuchen den kommunalen Entwicklungen in und um Celle einen Großteil unserer Aufmerksamkeit zu widmen. Dies wird in Form von Artikeln und Kurzmeldungen über Geschehnisse und Vorkommen politischer und sonstiger Art, und Interviews mit Menschen, die in Celle politisch etwas bewegen oder bewegten, geschehen. Dabei wollen und können wir uns aber auch der "großen Politik" nicht entziehen. Zum Glück besteht aber sogar unser Leben aus mehr als nur Politik und Lohnarbeit. Deshalb haben wir die **REVISTA** zusätzlich mit reichlich Kultur und fast allem was Spaß macht gefüllt (Werbung und so...), der hoffentlich regelmäßig bis zum Bersten gefüllte Terminkalender wird uns immer zu den besten Konzerten, Parties, Filmen, und Theaterstücken führen.
Also viel Spaß.....

Impressum:

Revista, Nr. 01, Oktober/November 1999
Erscheinungsweise: alle 2 Monate
liegt kostenlos aus in div. Kneipen und Läden
kann gegen Portokosten auch gerne abonniert werden
Postanschrift: Revista,
c/o Buntes Haus, Hannoversche Str. 30F, 29221 Celle
Email: Revista@gmx.de
V.i.S.d.P.: Marion Dettmer
Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 257 500 01,
K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"

Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Ein Leben gegen Faschismus und Krieg

Gertrud Schröter in memoriam

Manche Menschen sind so sehr Institution, so präsent im Bewußtsein, daß gar nicht vorstellbar ist, daß sie einmal nicht mehr unter uns sind. Am 26. Juni starb in Torgau unsere Freundin und Genossin Gertrud Schröter aus Celle im Alter von 85 Jahren. Die langjährige Vorsitzende und Ehrenvorsitzende der VVN-BdA Niedersachsen, Mitgründerin der Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen, als Kommunistin selbst Verfolgte im deutschen Faschismus und inhaftiert im Adenauer-Deutschland, ist - einmal entschieden für den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung - bewundernswert konsequent und selbstverständlich ihren Weg gehend - vielen Freundin und Vorbild geworden. Der Begriff des "besseren Deutschland" bekam durch sie Kontur. Ihr Verständnis und ihre Güte machten sie in ihrer politischen Klarheit nicht anfällig für falsche Kompromisse. Ihr Lebensweg, dessen Planung durch den NS-Staat und die Restaurationszeit im reichlich reaktionären Celle bestimmt und verbogen und damit auch zum Leidensweg wurde, war ihr gewiß Anlaß zur Verbitterung, nie aber zur Resignation. Im Gegenteil, schon durch Alter und Krankheit körperlich geschwächt, setzte sie ihre vieltausendfachen Führungen durch das ehemalige KZ Belsen fort, das ihr, wie sie nicht ohne Ironie bemerkte "zur zweiten Heimat" geworden war.

Zum Abschluß der Trauerfeier in der Kapelle des Stadtfriedhofes, die kaum die Trauergäste fassen konnte, erklang die Internationale.

RWLE

Kurz vor Vollendung ihres 86. Lebensjahres verstarb die langjährige Vorsitzende und Ehrenvorsitzende der VVN-BdA Niedersachsen. Für die Landesvereinigung hielt Gerd Bornemann die Trauerrede, die wir in Auszügen dokumentieren.

**Und der Lebende hat recht?
Daß die Toten
Nicht wiederkommen
Ist sicher die Wahrheit
Mich stört aber
Daß das
Für manche
Die ihre Hände
Und Uniformen
Nach Spritzern mustern
Ein Trost ist**

Erich Fried

Diese Worte von Erich Fried skizzieren einen wichtigen Bezug zum Lebenswerk unserer lieben Gertrud, die uns vor wenigen Tagen nach einem erfüllten Leben im hohen Alter verlassen hat. Bis zuletzt war Gertrud hellwach und konsequent in ihren Warnungen vor friedensgefährdenden

und faschistischen Tendenzen in unserer Gesellschaft. Sie gehörte zu jenen, die sich im wahrsten Sinne verdient gemacht haben, indem sie aktiv Widerstand leistete gegen ein Terrorregime, das für unendliches, millionenfaches Leid verantwortlich war. Im Gegensatz zu denen, die durch willfährige und kalkulierte Unterstützung - unter anderem aus purem Kapitalinteresse - massiv verdient haben (...)

Mit Nachdruck und ihrer so eigenen beispiellosen Energie hat Gertrud sich für die sozialen Belange ehemaliger NS - Verfolgter im Beirat des niedersächsischen Härtefonds eingesetzt, für die Menschen aus unterschiedlichen Verfolgtengruppen, die im wesentlichen aus politischen Gründen bis zum Jahr 1990 von jedweder halbwegs angemessener Entschädigungsregelung für erlittenes Unrecht und für schwerste körperliche und seelische Qualen ausgenommen waren

Heinrich Hannover, bekannter und bekennender Rechtsanwalt, formulierte 1994 in einem Vorwort zum Buch von Rolf Gossner: „Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges“: „Eine unendliche Reihe von vergessenen Opfern der Klassenjustiz pflastern den Weg, auf dem die herrschende Klasse zum Sieg des kapitalistischen Systems vormarschiert ist.“

Ich weiß, daß es unzeitgemäß ist, diese Wahrheiten zu sagen, aber die Geschichte ist noch nicht zu Ende!“ Liebe



Gertrud Schröter im Gespräch mit dem damaligen Celler HBV-Sekretar Franz Fuchs

Aus einem Interview mit Gertrud Schröter im November 1991 geführt von Giulio Carparelli

Nachdem das Friedenskomitee hochgenommen war, suchten sie jeden Anlaß um einen an den Wagen zu fahren. Es dauerte nicht lange, kriege ich 'ne Vorladung vor Gericht ein Ermittlungsverfahren war eingeleitet und dann vor Gericht. Die Polizei schickte ja Vorladungen, da brauchte man ja nicht hingehen, das wußten die wenigsten zu der Zeit, es mußten ja erst Erfahrungen gesammelt werden.

Manche sind wohl hingegangen zur Polizei, ich weiß es nicht, eh, aber vor Gericht mußt du ja.

Da habe ich mir gesagt, jetzt ziehe ich mich ganz schick an, so'n Fuchs hatte ich mal geschenkt gekniet, habe ich mir so umgeschlungen 'nen Hut auf, ich sag, ich gehe dahin, der soll sich wundern, wen der vor sich hat.

Die denken ja, da kommen welche die haben nen Messer quer in der Schnauze so, nee. Dann bin ich dahin elegant und schick angezogen.

Er: "Bitte nehmen Sie Platz, ihre Personalien. Na ja, gut wo geht's denn drum?" "Ja", sagt der, "ähem es hat eine sogenannte Volksbefragung stattgefunden."

"Ach", ich wußte ja von nichts, mich hatten sie ja nich erwischt in Wietzenbruch.

"Da war so'ne Volksbefragung, Sie sind da gesehen worden."

"Ich bin Cellerin, mich kennen viele, nu ja."

"Wie sind Sie nach Wietzenbruch gekommen?"

"Mit'm Fahrrad."

"Sie haben doch so nen Kasten gehabt, wo Sie so Fragebögen hatten. Wie sind sie denn da ran gekommen?"

"Ja, die waren in meinem Briefkasten, habe sie gelesen und hab gedacht, das ist ja eine gute Sache. Wer wollte da für Aufrüstung sein so kurz nach dem Krieg? Wir wollen ja dafür sorgen, dass Deutschland nicht geteilt wird, da hatten sich schon die BRD und die DDR gegründet 1949. Wir wollten sehen daß die zusammenkommen, dass das nicht verhärtet wird."

Er: "Das ist ja ganz recht so. Sie haben gemeint, das war was gutes."

"Ja", sag ich, "und unbedingt notwendig."

Sagte er zu mir: "So, Frau Schröter, jetzt will ich Ihnen was sagen Sie konnten das ja nicht wissen, aber Sie sind einer kommunistischen Tarnorganisation in die Hände gefallen!"

Gertrud: "Um Gottes Willen, wieso das denn?" Richter: "Ja, das organisieren nämlich Kommunisten, diese ganze Aktion und denen sind Sie in die Hände gefallen."

Gertrud: "Oh, nee! Ja aber wissen Sie, wenn das gute Fragen sind, dann ist mir das egal wer dahintersteckt, Hauptsache es hat 'nen Erfolg."

Sagte er: "Nein, so dürfen Sie das nicht sehen, die wollen das für sich Einheimsen. Wenn Sie nochmal sowas in ihrem Briefkasten haben, dann kommen Sie hierher und zeigen mir das, ob das nun rechtens ist oder nicht."

"Ja, ja das werde ich dann machen."

Strafe gab es nicht. Gar nicht lange, da kriegte ich wieder 'ne Vorladung, wegen 'ner anderen Sache, da wußte der Richter aber schon, wer ich war, da hat er das nicht mehr gesagt, "Sie sind einer kommunistischen Tarnorganisation in die Hände gefallen". Da wußte er schon, dass ich dazugehörte, da hat er einen schon ganz anders angepackt.

Trauer Gäste, wir wissen, auch Gertrud gehörte zu den Opfern des Kalten Krieges und es war für sie innerster Überzeugung eine selbstverständliche Pflicht, für eine Rehabilitierung dieser Opfer einzutreten und dafür, weil nötig, zu kämpfen. Ihre ausgewiesene starke Persönlichkeit, ihren mit Mutterwitz verdeutlichten zivilcouragierten Einsatz, das hohe Maß an sozialer und fachlicher Kompetenz machten sie in ihren Aussagen und Forderungen auf natürliche Weise glaubwürdig und überzeugend.

Gertruds Aktivitäten, ihre sprichwörtliche Unbeugsamkeit, Konsequenz und ihr Eintreten gegen Krieg und jedwede Erscheinungsform von Faschismus sowie ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit ließen den Adenauerstaat und auch seine Rechtsnachfolger in manchen Amtsstuben nicht ruhen.

Wegen angeblicher verfassungsfeindlicher Tätigkeit wurde sie 1963 zu einer verwirkten Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt, abzusitzen gemeinsam mit aus selbigem Grund Inhaftierten in der Justizvollzugsanstalt zu Vechta. Im gleichen Jahr wurde Gertrud Mitglied der VVN, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, und bald darauf Vorsitzende der örtlichen Kreisvereinigung in Celle.

Durch ihr unermüdliches und überzeugendes Wirken überregional geachtet und respektiert, wählten sie die Delegierten der niedersächsischen Landesvereinigung der VVN / BdA 1987 zu ihrer unumstrittenen Vorsitzenden. Zugleich arbeitete sie als Mitglied des Bundespräsidiums und als Trägerin der Ehrenmedaille des deutschen Widerstandes für unsere Überzeugungen. Nach schmerzvoller Umstrukturierung, verbunden mit einem Neuaufbau der Organisation, stellte sie sich 1990 wie selbstverständlich mit ihrer persönlichen Autorität den sehr besonderen und erschwerten Rahmenbedingungen als eine der Landessprecherinnen, um auch weiterhin, weil in dieser entwickelten Gesellschaft zwingend notwendig und geboten, dem Vermächtnis der Überlebenden der Zuchthäuser und Konzentrationslager Gehör zu verschaffen.

Für ihr nachhaltiges, uneigennütziges und bedeutsames Lebenswerk wurde sie seitens der niedersächsischen VVN-BdA im letzten Jahr bewußt als erste und bisher einzige Ehrenvorsitzende ausgezeichnet.

Mehr als drei Jahrzehnte hat unsere Gertrud in der Gedenkstätte und in der Arbeitsgemeinschaft für das ehemalige Konzentrationslager Bergen - Belsen als Institution gewirkt, Generationen von zumeist jungen Menschen in ungezählten Führungen mit viel Herzenswärme, aber auch notwendiger Deutlichkeit die Entwicklung des Faschismus an der Macht einprägsam erklärt, dieses Kapitel der besonders deutschen Geschichte kritisch aufgearbeitet und zugleich mit aktuellen Ereignissen überzeugend in Verbindung gebracht.

Die Gedenkstätte Bergen - Belsen ist untrennbar mit dem Namen Gertrud Schröter verbunden.

In Würdigung ihrer politischen Lebensleistung und in besonderer Anerkennung von Verdiensten um das Land Niedersachsen hat der seinerzeitige Ministerpräsident Gerhard Schröder unserer Kameradin Gertrud am 20. Januar 1995 das Verdienstkreuz am Bande des

niedersächsischen Verdienstordens verliehen. In einer Laudatio wird seitens der Landeszentrale für Politische Bildung zutreffend zu dieser Ehrung betont: "Es gibt sicher nicht viele Träger dieses Ordens, die ihn durch persönlichen Einsatz so verdient haben wie Sie, Frau Schröter!" (...) Liebe Trauergemeinde, unser Trost und unser Zuspruch gilt insbesondere Gertruds Familienangehörigen. Wir danken unserer Gertrud für die Lebensleistung, ihre uneingeschränkte Freundschaft und bewiesene Solidarität. Wir versprechen, unsere Arbeit in ihrem Gedenken fortzusetzen.

(...) Als junge Kommunisten selbst von Nazis verfolgt, hat Gertrud Schröter ungezählte Führungen in der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Bergen-Belsen absolviert. Dort, wo in der Nazizeit über hunderttausend Menschen ums Leben gekommen waren, erzählte sie zumeist jungen Menschen unermüdlich, wie es zu der faschistischen Barbarei kommen konnte und welche Lehren aus dieser Geschichte zu ziehen seien. Sie scheute sich auch nicht, vor diesem Hintergrund skandalöse Ereignisse und fatale Entwicklungen der westdeutschen Nachkriegsgeschichte anzuprangern. Und solche hat sie am eigenen Leib zu spüren bekommen - insbesondere in der Hochzeit des kalten Krieges. Die politische Justiz widmete sich längst wieder den "inneren Staatsfeinden", zu denen in erster Linie Kommunisten und ihre Sympathisanten zählten. Viele von ihnen waren bereits unter den Nazis verfolgt worden. Und die Verfolger waren nicht selten die Täter von gestern: So auch im Fall von Gertrud Schröter, die von einem Staatsanwalt wegen "landesverräterischer Beziehungen" und "staatsgefährdendem Nachrichtendienst" angeklagt wurde, der als Staatsanwalt unter Hitler im besetzten Polen dafür gesorgt hatte, daß schon für geringste Vergehen die Todesstrafe verhängt wurde. Auf Grundlage der Anklage dieses furchtbaren Juristen, der in der jungen Bundesrepublik nahtlos weitermachen konnte, wurden Gertrud Schröter und ihre Weggefährtin Elfriede Kautz von der politischen Strafkammer der Landgerichte Lüneburg zu je einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung und zu fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Grund: Sie hatten als Mitarbeiterinnen der Arbeitsgemeinschaft "Frohe Ferien für alle Kinder" Reisen in die DDR organisiert und so Zehntausenden von Kindern aus sozial schwachen Familien preiswerte Ferien ermöglicht. Dieser Feriendienst wurde kurz vor dem Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot verboten, obwohl die

Bundesbahn jahrelang Sonderzüge für diese Ferienfahrten bereitgestellt hatte.

Den Angeklagten wurde vorgeworfen, sie hätten mit ihrer Ferienvermittlung politische "Wühlarbeit" in einer kommunistischen "Tarnorganisation" betrieben und dabei die betreuten Kinder politisch beeinflusst. Wie, das "belegt" das Gericht anhand zahlreicher Tagebuchberichte der Kinder. Beispiel: "An einem Nachmittag besuchten uns sowjetische Freunde, die mit uns Fußball spielten und auf der Freilichtbühne Soldatentänze durchführten. Erst hatte ich ein bißchen Angst, als ich hörte, daß die Russen zu uns kommen, aber diese Angst verging bald, denn sie waren einfach prima."

So geht das über mehr als 150 Seiten, schreibt der frühere Panorama-Journalist Lutz Lehmann in seinem Buch "Legal & Opportun" (1966): "Äußerungen der Kinder über -Wildwest-Romane, über ein Fest mit der Volkspolizei, gegen die Großgrundbesitzer, über den Start sowjetischer Raumraketen ... Äußerungen gegen die Atombewaffnung und über soziale und kulturelle Einrichtungen in der DDR dienen dem Gericht zum Beweis für die Folgen des verderblichen Einflusses, dem die Kinder in ihren Ferienreisen ausgesetzt waren". (...)

Insgesamt ermittelten die Strafverfolgungsbehörden in den 50er und 60er Jahren gegen etwa 250.000 Kommunisten und unabhängige Linke. Rund 10.000 Menschen wurden zu mehrmonatigen oder gar mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, sie wurden ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt, unter Polizeiaufsicht gestellt, mit Berufsverboten belegt - nur weil sie sich kommunistisch oder linksoppositionell betätigt hatten, ohne jemals Gewalt ausgeübt oder angedroht zu haben. Eine Rehabilitation und Entschädigung für dieses erlittene Unrecht wird ihnen bis heute verwehrt - Gertrud Schröter kämpfte bis zum Schluß dafür.



Gerhard Schröder überreichte Gertrud am 20. Januar 1995 den niedersächsischen Verdienstorden (das Bild entstand bei einem anderen Anlaß)

Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

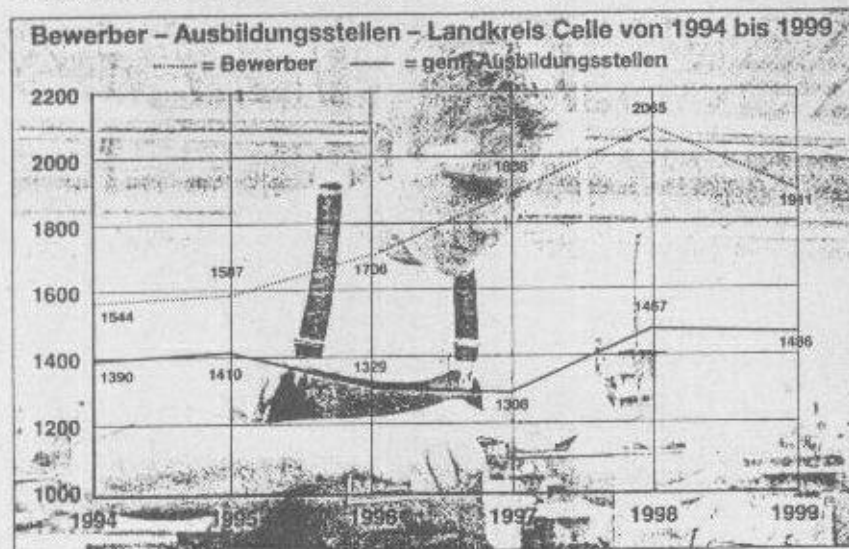
Wasa verlagert 80 Personen

Etwa 80 Arbeitsplätze der Firma Wasa, die zur Zeit 350 Leute beschäftigt, werden nach Köln verlagert. Genauer gesagt sind es 50 AußendienstmitarbeiterInnen und 30 Personen aus der Verwaltung. Der italienische Nudelkonzern Barilla will diese Bereiche in seiner Zentrale in Köln konzentrieren – Folge der großen Konzentrationsbewegung im Handelsbereich. Barilla kaufte vor ca. einem halben Jahr für etwa 580 Millionen DM die Wasa von der Schweizer Novartis Ag. Und wer nicht umziehen will, der kann sich was anderes suchen.

In Celle verbleibt die Produktion von Knäcke-Brot. Allerdings ist die Fabrik nur zu "etwas über 50 Prozent" ausgelastet, so der Geschäftsführer Jens Jarich. Wasa plant deshalb eine Marketing-Offensive. Wenn die nicht den gewünschten Erfolg erzielt, ja dann ... "Kommunen sind ja gelegentlich auch hilflos", analysierte FDP-Fraktionschef Joachim Falkenhagen ungewollt deutlich die Freiheit "der unternehmerischen Entscheidung" – (syo)

Auf der Suche

Über 470 der Schulabgänger des Jahres 1999 aus Stadt und Landkreis Celle besaßen Anfang September 99 noch keinen Ausbildungsplatz. Dies beklagte Tom Seibert vom Deutschen Gewerkschaftsbund am 7. 9. in der CZ. Jeder Vierte sei damit ohne Ausbildungsplatz. Ganz zu schweigen von den "Altfällen" der vergangenen Jahre und denen, die sich nicht beim Arbeitsamt melden. Am 1. September begann das neue Ausbildungsjahr, wenig Hoffnung für die Verbliebenen. 1992 gab es im Arbeitsamtsbezirk Celle – dazu gehören auch Burgdorf und Walsrode – noch 2100 Ausbildungsstellen bei 1200 BewerberInnen. 1998 sind es nur noch 1400 (!) Ausbildungsstellen bei nun 2000 BewerberInnen (CZ, 17.9.99).



Im Februar tönen die Vertreter der Wirtschaftsverbände im sogenannten "Bündnis für Arbeit" noch, allen einen betrieblichen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Das ist Schnee von gestern und war gut gegen die von vielen geforderte Ausbildungsplatzabgabe – eine Art Geldstrafe für Betriebe, die nicht ausbilden.

Unter diesen Umständen müssen die wohl froh sein, die untergekommen sind, auch wenn der Beruf sie nicht die Bohne interessiert. Die o.g. gut 470 Jugendlichen erhalten derweil einen Schnellkurs in Sachen kapitalistischer Ökonomie, der bekanntlich tollsten aller möglichen Wirtschaftsformen. Die Arbeitskraft wird dann eingestellt oder ausgebildet, wenn das Kapital es braucht – sonst eben nicht. Einige Deppen werden davon abzulenken versuchen, indem sie ausländischen Jugendlichen dafür die Schuld zuschieben.

P.S. Genießt die Freiheit, solange sie noch da ist. – (syo)

"Kopfnoten"

Vor gut 25 Jahren wurden sie abgeschafft, dem Mief von 100 Jahren geopfert. Nun endlich – jahrelang hatten sich die verschiedensten Unternehmerverbände dafür stark gemacht – soll es sie wieder geben, die legendären "Kopfnoten" im Schulzeugnis: Verhalten in der Schule oder Betragen und Beteiligung am Unterricht, so hießen sie früher, so oder ähnlich soll es sie wieder geben. Außerdem sollen die "Fehlstunden" wieder im Zeugnis auftauchen.

Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper (SPD) – Die SPD stellt in Niedersachsen die Landesregierung und Schulpolitik ist Landessache – kündigte die "Kopfnoten in moderner Form" für das nächste Schuljahr an, ab dem Jahr 2000, und zwar für die Klassen sieben bis zehn. Das sind genau die Schulklassen, die auf den Ausbildungsmarkt streben und von den Betrieben gesichtet werden.

Die CDU begrüßte die Maßnahme grundsätzlich und setzte einen darauf engagiert forderte sie die Einbeziehung der Klassen fünf und sechs, sowie der Oberstufe. Fleiß und Anpassung, die betrieblichen Sekundärtugenden sollen schließlich früh und umfassend eingeblutet werden. Pädagogisch modern, eben "differenziert" soll es zugehen, keine Ziffernoten von 1 bis 6, sondern standardisierte Formulierungen in fünf Abstufungen, ähnlich wie beim Code für die Arbeitszeugnisse die 1 lautet dann "verdient besondere Anerkennung", die 5 wird mit "erfüllt

Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

die Erwartungen nicht" umschrieben. So was ist eben modern. Die Kultusministerin sieht allerdings noch gewissen Diskussionsbedarf in den Einzelheiten: zunächst mit Eltern- und Lehrerverbänden. Gewisse Anregungen wird sich Frau Jürgens-Pieper vielleicht auch bei der sächsischen Regelung holen können, dort wo der Kurt Biedenkopf von der CDU regiert. In Sachsen bekommen die SchülerInnen bereits seit diesem Schuljahr vier(!) Kopfnoten: für "Ordnung, Mitarbeit, Fleiß und Betragen".

Wir hätten da noch ein paar zusätzliche Vorschläge; wie wär's mit Kopfnoten für Körperhaltung, Sauberkeit (insbesondere der Fingernägel) und sexueller Neigung. Schließlich will Rheinmetall keine schlappen, widerspenstigen "Säcke" mit grünen Haaren. Und Lobetal wird sich über lesbische Frauen mit geringem Hang zu christlichem Ordnungssinn schwer bedanken. Wir sind gespannt darauf, wie die niedersächsischen Schülerinnen und Schüler - aber auch die Gewerkschaft GEW - auf die weitere Eingenotung reagieren werden. - (syv)

Haste mal 'ne Mark?

Seit Mitte September steht am Celler Bahnhof das neue Parkhaus. Man sollte es nicht meinen, aber seitdem gibt es auch für Radfahrer gravierende Änderungen. Die bisher logischerweise kostenlosen Stellplätze vor und hinter dem Bahnhof sollen verschwinden; übrigbleiben sollen lediglich 20 bis 30 Stellplätze für "Kurzzeitparker". Begründung von Verkehrsplaner Bernd Skoda: "Für ihn (sei) die Reduzierung der Fahrradstellplätze eine optische Bereicherung des Bahnhofsumfeldes." Oh Gott!

Dafür soll es im neuen Parkhaus Stellplätze für 530 Fahrräder geben - allerdings für 'ne Mark pro Tag! Dann schließe ich eben mein Fahrrad da irgendwo ab! Jedem, der so denkt, droht Bernd Skoda unverhohlen: "Wir werden sehr strikt darauf achten, dass wildes Abstellen von Rädern unterbleibt." Dem wilden Chaos wird das Abschleppen angedroht. Autofahrer können im neuen Parkhaus für 3 DM pro Tag ihr Auto abstellen. Auf der Fläche eines PKW-Parkplatzes kann man sicherlich bequem 9 Fahrräder abstellen. Das bedeutet, daß das Parken eines Fahrrades mindestens - bezogen auf die Fläche - 3 mal so teuer werden soll wie das eines PKW's. So wird das Umsteigen von PKW zu Fahrrad so richtig gepuscht. Oh Schilda, oh Schilda! - (syv)

Big Brother ist watching you

Als die Celler CDU versuchte in der Innenstadt Videokameras installieren zu lassen gab es etliche Menschen, die sich veranlaßt sahen gegen die Überwachung ihrer Privatsphäre Stellung zu beziehen und letztendlich wurde

aus dem Vorhaben dann auch nichts. Völlig ohne öffentliche Entrüstung wurde nun aber in Vorwerk durchgezogen, was der Innenstadt noch versagt bleibt. Der "Vorwerker Platz" wurde neu gestaltet und nun sind sage und schreibe zwölf Videokameras im Einsatz, die den laut CZ "Hochsicherheit-Platz" bis ins letzte Zipfeln überwachen. Schön, daß der Platz jetzt durch eine neue Skulptur, neue Bäumchen und Laternen, neuen Mauerchen und viel Grün zum Verweilen auf den schönen Sitzgruppchen einlädt. Nur dumm, daß mensch sich jetzt nicht mehr traut in der Nase zu bohren, selbst wenn er oder sie ganz allein auf dem Platz ist. Für den Umbau samt Videokameras hat sich die Wichmann GmbH, die um den Vorwerker Platz Wohnungen vermietet und die zentrale Fläche von der Stadt erworben hat, satte 500.000,- DM kosten lassen. Alle Achtung.

Dadurch erhofft sich Einhard Wichmann, der Geschäftsführer der Wichmann GmbH, daß dort zukünftig keine Randalierer und Dealer mehr verkehren. Die sog. jugendlichen Randalierer werden sich jetzt wohl woanders austoben; in Vorwerk gibt es ja schicke Vorgärten die sind ja auch lohnenswerte Objekte zum jugendlichen Zeitvertreib. Vielleicht hätte mensch die halbe Million ja auch für die Jugendlichen direkt ausgeben können, im Sinne sinnvoller Freizeitgestaltung. Aber diese sollen sie ja jetzt durch eine Patenschaft für den Vorwerker Platz bekommen und den Platz dann wahrscheinlich für die Wichmann GmbH immer schön fegen. Wer sich dann bei der Patenschaftsertüchtigung richtig ins Zeug legt, und dank kompletter Videoüberwachung kann sich da ja niemand drücken, wird wohl den Wiechmann-Fleiß-Orden am Band von Einhard persönlich verliehen bekommen. Und die Dealer werden zukünftig wohl auf ihren Drogen sitzenbleiben, da ihnen doch ihr zentraler Umschlagplatz entzogen wurde.

Bei der Celler CDU kann nun ja mal darüber nachgedacht werden, ob es nicht Sinn macht, die Innenstadt ganz oder stückchenweise zu veräußern. (RH)

Kündigung rechter Azubis rechtens

Rassistisches Verhalten am Arbeitsplatz rechtfertigt die fristlose Kündigung eines Auszubildenden. Das entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) am 1. Juli in Kassel. Weil ein solches Verhalten eine besonders schwerwiegende Pflichtverletzung darstelle, bedürfe es zuvor keiner Abmahnung. Die BAG-Richter hoben damit ein Urteil des Landesarbeitsgerichts (LAG) Berlin auf. Dieses hatte 1997 die Kündigung eines Industriemechaniker-Lehrlings der Berliner Stadtreinigungsbetriebe wegen der fehlenden Abmahnung für unwirksam erklärt, dagegen hatten die Stadtreinigungsbetriebe Revision eingelegt.

Die Stadtreinigungsbetriebe hatten dem 16jährigen im Februar 1997 fristlos gekündigt, nachdem dieser ein

Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

Schild mit dem Text "Arbeit macht frei - Türkei schönes Land" an die Werkbank eines türkischen Auszubildenden geschraubt hatte.

Vor Gericht konnten sich der Anwalt des Ex-Azubis und die Vertreter der Stadtreinigungsbetriebe nicht auf einen Vergleich einigen, den der Vorsitzende BAG-Richter angeregt hatte. Für das Unternehmen sei dies ein "grundsätzlicher Fall", über den sich vor allem auch die zahlreichen ausländischen Arbeitnehmer empörten, argumentierten deren Anwälte. (jw)

"Demonstration bei Gelöbnis mit juristischem Nachspiel?"

Unter dieser Überschrift berichtete die CZ am 29.6. in einem hetzerischen Artikel, in dem u.a. der Arbeitsplatz (KiGa) einer Kriegsgegnerin offengelegt wurde über die polizeilichen Ermittlungen (Vorwurf Beleidigung), inzwischen gibt es auch Anzeigen durch zwei Winser SPD-Herren, gegen einen „einschlägig bekannten“ Antimilitaristen aus dem Landkreis.

Er soll knapp zwei Wochen zuvor in Südwinsen ein Transparent mit der Aufschrift "Bundeswehrgelöbnisse sind Mörder" am Rande eines Bundeswehrgelöbnisses an einem Baum aufgehängt haben. Wir (der von dem drohenden Verfahren Betroffene, sowie einige Leute, die zum Teil auch an der inkriminierten Aktion beteiligt waren), werden in dem Fall, daß es zu einem Prozeß kommt, versuchen, diesen öffentlich und widerspenstig zu begleiten. Wir sind uns dabei bewußt daß die staatliche Strafandrohung in diesem Fall eine qualitativ und quantitativ relativ geringe ist. Trotzdem wäre es falsch, sie einfach zu erdulden, v.a. angesichts der mit ihr verbundenen öffentlichen Meinungsbildung.

Wir sehen Aktionen gegen das humane Image von Militär und Soldatentum gerade angesichts der derzeitigen Entwicklung einer Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik für sinnvoll und notwendig an. Die BRD führte im Kosovo zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen offenen Krieg gegen ein ihr nicht genehmes Regime. Unter dem Propagandamotto "Schutz der Menschenrechte" wurde ein monatelanges Bombardement entfesselt, tausende Menschen getötet, und ihres Heims beraubt! Anschließend wurde auf den Ruinen ein Protektorat errichtet. Das Gerede von den Menschenrechten ist ein plumper, zynischer Vorwand. Noch nie und auch jetzt nicht hat sich die NATO auch nur einen Deut um das Wohl der Menschheit gekümmert! (siehe z.B. die Folterkeller der NATO-gestützten UCK, die durch Luftangriffe ermöglichte Vertreibung von Serbinnen aus der Krajina, das Schicksal der KurdInnen im NATO-Mitgliedsland Türkei, die Abschiebung jugoslawischer Deserteure aus der BRD etc. etc.) Es ist schon erstaunlich, daß den Kriegstreibern dieser heuchlerische Mist immer wieder

geglaubt wird, die Propaganda geschluckt wird! Die dahinter stehenden glaubhafteren Absichten entstammen wohl den geostrategischen Interessen der NATO-Mitgliedsstaaten an einem von ihnen abhängigen Südosteuropa. Die Verwüstung bekommt Sinn durch die totale Kontrolle qua Besatzungsarmee über das politische und wirtschaftliche Schicksal bzw. den "Wiederaufbau" der Region. "Es geht [...] um strategische, weitreichende Ziele. Die USA und die NATO-Partner wollen eine Region, die Teil des eigenen Clubs ist. [...] Und es geht, da genügt ein Blick auf die Landkarte, um das Bemühen, Rußland als Weltmacht dauerhaft auszuschalten, zu isolieren" (Flottillenadmiral a.D., Elmar Schmäling). Insofern haben NATO-Osterweiterung und der Krieg gegen Jugoslawien viel gemeinsam. Wird die Gefolgschaft nicht freiwillig geleistet, so wird sie eben erzwungen! Dies alles soll nicht heißen, daß die jugoslawische und die serbische Regierung besser seien als uns die Medien weismachen. Sie sind terroristische Regimes, die gestürzt werden müssen! Wie alle Regierungen!

Die Bundeswehr ist Instrument eines imperialistischen Staates zu Kriegsführung. Die Aufgabe ihrer Soldaten ist es "Feinde" zu töten - was sonst? Diese Positionen in den öffentlichen Diskurs (wieder-) einzubringen, als Voraussetzung für Widerstand, halten wir für eine Aufgabe, deren Gelingen über Barbarei oder Frieden mitentscheidet. Angesichts der derzeitigen rasend schnell und gar nicht leise Normalität werdenden Kriegshysterie und der mit ihr verbundenen Repressionen gegen KriegsgegnerInnen hoffen wir auf Ihr/Dein Verständnis, daß wir nicht unsere Namen nennen.

(von den VerfasserInnen leicht überarbeitetes Flugli, das Anfang Juli in Celle verteilt wurde) Einige CellerInnen



Lokales - Meldungen - Neuigkeiten - Provinzielles - Lokales

Rheinmetall in Unterlüß wurde 100 Sklavenarbeit kein Thema in der Rückschau

Rheinmetall feierte im September das 100jährige Bestehen in Unterlüß, das mit der Errichtung eines Schießplatzes 1889 seinen Anfang nahm. Fotos in der "Celleschen Zeitung" zeigen kleine Kinder auf Panzern herumklettern, und die in diesem Zusammenhang unvermeidliche Bombenstimmung war nur getrübt durch die Drohung anstehender Entlassungen. In der ganzseitigen Rückschau auf die Firmengeschichte (CZ, 2.9.1999) fehlen allerdings ganze 1000 Jahre. Erwähnt wird lediglich, daß Rheinmetall 1938 "verstaatlicht und in die Kriegsvorbereitung im nationalsozialistischen Deutschland integriert" worden sei. Schließlich erfahren die LeserInnen noch, daß im Oktober 1944 mehr als 85.000 Menschen im gesamten Konzern beschäftigt worden seien. Daß diese Arbeiterinnen und Arbeiter seinerzeit zumeist nicht als "Menschen" angesehen wurden, erfahren die LeserInnen dagegen nicht.

Ohne die Firmengeschichte in Gänze gegen den Strich bursten zu wollen, sei zur jetzt verschwiegenen Geschichte der ZwangsarbeiterInnen bei Rheinmetall kurz aus einer 1998 von Nils Köhler an der Uni Kiel geschriebenen Magisterarbeit zum Thema: "Kriegsgefangene und Fremdarbeiter im Landkreis Celle 1939-1945" zitiert:

"Der nun unter dem Namen 'Rheinmetall-Borsig' fungierende Konzern erlebte ab 1933 eine rasante Entwicklung. Arbeiteten 1933 dort nur 123 Menschen, so waren es 1935 schon 607 und bei Kriegsbeginn 2229. ... In Unterlüß war die größte Zahl von Ausländern aller Orte im Landkreis Celle gemeldet. Über 4000 Personen sind durch die Meldelisten namentlich bekannt, in der angrenzenden Gemeinde Schmarbeck, wo vornehmlich Kieselgur, das man in der Sprengstoffproduktion verwendete, abgebaut wurde, arbeiteten mindestens 505 weitere Fremdarbeiter, mehr als die Hälfte dieser Menschen stammte aus Polen, über ein Viertel aus der Sowjetunion, und auch viele Serben und Franzosen waren hier eingesetzt. bemerkenswert ist der überdurchschnittlich hohe Frauenanteil. ... Die meisten ausländischen Arbeitskräfte arbeiteten für die Rheinmetall-Borsig AG. Hier wurden Waffen und Munition gefertigt. Durch die ständige Giftaufnahme über Atmung und Haut verfärbten sich die Haare der Munitionsarbeiter grün. Sie trugen keine Schutzkleidung, und als Gegenmittel erhielten sie nur einen viertel Liter Milch am Tag zugeteilt. Es liegen auch Augenzeugenberichte über Polinnen vor, die durch den Umgang mit Chemikalien allmählich rote Haare bekamen ... Die oben genannten Zahlen enthalten nicht die etwa 900

Jüdinnen, die hier als Außenkommando des KZ Bergen-Belsen seit 1944 bei der Munitionsherstellung, im Wohnungsbau und im Straßenbau eingesetzt waren, wobei sie von deutschen Einwohnern des Ortes beobachtet wurden. Die Bewachung übernahmen weibliche und männliche SS-Angehörige des Konzentrationslagers. Einige Jüdinnen sollen auch in zu regelrechten Käfigen umgebauten Wohnwagen zusammengepfercht worden sein. ... Die alliierte Suchaktion bilanzierte für Unterlüß die Zahl von 60 dort verstorbenen ausländischen Arbeitskräften, darunter acht Ostarbeiterinnen und zwei Polinnen. Diese Zahl berücksichtigt nur die in der Gemeinde gemeldeten Arbeiter und Kriegsgefangenen. ... Das Ausmaß des Arbeitseinsatzes in Unterlüß wird deutlich, wenn man bedenkt, daß gegen Ende des Krieges in dieser abgelegenen Siedlung in den Wäldern der Sudheide die Zahl der ausländischen Arbeiter nicht nur die der deutschen Bewohner bei weitem übertraf, sondern daß sich hier auch fast doppelt so viele Ausländer aufhielten wie in der Kreisstadt Celle."

Benjamin B. Ferencz berichtet in seinem Buch "Lohn des Grauens", über die Widerstände des Rüstungskonzerns, jüdische Zwangsarbeiter zu entschädigen. Erst ein sonst nicht zustande gekommenes Waffengeschäft mit den USA veranlaßte Mitte der 1960er Jahre eine Zahlung in Höhe von 2,5 Mio. DM an die Jewish Claims Konferenz, die so jedem überlebenden jüdischen Rheinmetall-Sklaven 1700 DM auszahlen konnte. Rheinmetall bestritt allerdings auch nach der Zahlung, wie Ferencz belegt, seinerzeit jegliche rechtliche oder moralische Verpflichtung zur Entschädigung. [Ferencz' spannender Bericht über dieses bis heute offene Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte ist unter Gesch 432 in der Stadtbibliothek ausleihbar.]

Warum man in Unterlüß nichts davon hören will, macht vielleicht ein Satz von Bürgermeister Eberhard Staiger anlässlich der Feierlichkeiten deutlich: "Die Gemeinde ist auf Gedeih und Verderb vom Wohl und Wehe von Rheinmetall abhängig" drab

3. JAHRGANG

OKTOBER
NOVEMBER 1939



WERKZEITSCHRIFT



BETRIEBSGEMEINSCHAFT DER RHEINMETALL-BORSIG-AKTIENGESELLSCHAFT
WERKE: DÜSSELDORF • BORSIG BERLIN-TEGEL • SOMMERDA THÜRINGEN

Nazis morden in Eschede

Am Montag, dem 9.8.99 wurde der 44 jährige Peter Deutschmann in Eschede von mind. 2 Skinheads ermordet. Er wurde in seiner Wohnung so brutal mißhandelt, daß er ca. 24 Stunden später in der Med. Hochschule in Hannover seinen schweren Verletzungen erlag. Was war geschehen?

Nach Angaben der Polizei sind die beiden Skins am frühen Morgen des 9.8. in die Wohnung ihres Opfers eingedrungen, zerrten den schlafenden Mann aus dem Bett und schlugen ihn sofort nieder. Am Boden liegend traten sie mit ihren schweren Springerstiefeln auf ihn ein und traktierten ihr wehrloses Opfer mit Glasscherben. Als die Täter flüchteten ließen sie den 44 jährigen stark blutend mit zertrümmerten Kehlkopf zurück. Durch seine verzweifelten Hilferufe wurden die Nachbarn aufmerksam und alarmierten die Polizei.

Die beiden Skins wurden bereits am Dienstag nachmittag festgenommen, gegen sie wurde Haftbefehl erlassen. Ob an der Tat noch mehrere Nazis beteiligt waren, ist zur Zeit noch unklar. Das Opfer kannte die beiden Täter schon lange, er war mit dem Vater von einem der Beteiligten schon seit Jahren befreundet. Immer wieder kam es in der Vergangenheit zu Reibereien zwischen ihnen, weil das Opfer den offenen Rassismus seines späteren Mörders nicht widerspruchslos hinnehmen wollte. Offensichtlich nahmen die Nazis diese Kritik als Anlaß für ihren brutalen Überfall.

Warum gerade Eschede ?

Daß sich der folgenschwerste Übergriff von Neonazis im Landkreis Celle gerade in Eschede ereignete, war nicht unbedingt absehbar, andererseits verwundert es aber auch nicht.

In Eschede existiert bereits seit mehreren Jahren eine rechte Jugendszene. Spätestens seit Sommer 97 war dies nicht mehr zu leugnen. Zu dieser Zeit fand in dem damals noch existenten Nazizentrum Hetendorf 13 die sog. "Hetendorfer Tagungswoche" statt. Damals trommelten die Veranstalter als Reaktion auf antifaschistische Proteste eine bunt gewürfelte Nazi-Schlägertruppe zusammen, allein aus Eschede und direkter Umgebung kamen 11 Nazis.

Auch bei diversen Parties im nördl. Landkreis Celle kam es häufiger zu Übergriffen von Skins und rechten Jugendlichen auf vorwiegend nichtdeutsche oder linke PartybesucherInnen. Eines der jüngsten Beispiele ereignete sich gerade drei Wochen vor dem Mord. In Hermannsburg verletzte einer der am Mord beteiligten Nazis einen jungen Punk mit einer abgebrochenen Glasflasche. Aber auch in Eschede selbst versteckt sich die örtliche Neonaziszene nicht. Bei Schützenfesten in der Schule oder beim einkaufen sind sie eigentlich nicht zu übersehen.

Verhamlungen und Desinteresse präg(t)en die Berichterstattung nach dem Mord. Der Celleschen Zeitung waren die Geschehnisse gerade mal zwei kleine Artikel wert. "Einen politischen Hintergrund schließt die Polizei aus" war in allen Zeitungen zu lesen, die Täter

seien besoffen und überhaupt zu doof gewesen um politisch denken, geschweige denn handeln zu können. Alles also kein Problem, Neonazis gibt es nicht und gegen Dummheit ist bekanntlich ja kein Kraut gewachsen. So kann alles weitergehen wie bisher. Eine Auseinandersetzung mit den Ursachen von Faschismus und Rassismus findet nicht statt, die gesellschaftlichen Zustände, die so etwas möglich machen (und produzieren) werden nicht in Frage gestellt.

Aber auch wir Linken haben uns nicht besser verhalten, auch wir glänzten durch Schweigen und Desinteresse. Es wäre unsere Aufgabe gewesen, den skandalösen Verhamlungen etwas entgegenzusetzen. Die Motive der Täter hätten thematisiert werden müssen, um damit zu versuchen, zukünftig eine solche Tat zu verhindern und die Nazis, ob in Eschede oder sonst wo, zurückzudrängen. - (pips)

Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten

Victor Klemperers Tagebücher in TV-Verfilmung

"Seine Tagebücher der Jahre 1933 bis 1945, in denen genaueste Beobachtungsgabe, sprachliche Meisterschaft, aufklärerische Skepsis und menschliche Größe sich aufs glücklichste vereinen, stellen alles in den Schatten, was jemals über die Zeit des Nationalsozialismus [...] geschrieben wurde."

(DIE ZEIT)



Kaum jemand hat so hautnah über die Auswirkungen des nationalsozialistischen Terrors geschrieben wie der Romanist Victor Klemperer. Zeitlebens führte er Tagebuch und

notierte akribisch alles, was sich in seinem Leben zutrug, vom Zahnarztbesuch bis zu Hitlers Machtantritt. So schildert der in Dresden lebende Klemperer, wie sich der gewöhnliche Faschismus nach und nach in den Alltag einnistet. Er wird als deutscher Jude aus seinem Lehramt entfernt. Als Sternträger überlebt er durch die Ehe mit seiner nichtjüdischen Frau Eva, die ihn vor der Deportation bewahrt.

Klemperers Tagebücher von 1933 bis 1945 werden jetzt verfilmt. Ab Oktober ist das Leben der Familie Klemperer in der ARD in 13 Teilen zu sehen. Eine deutsche Familiensaga, die Alltägliches und Zeitgeschichte miteinander verbindet.

"Szenen einer Ehe im Dritten Reich. Das war so unsere Überschrift. Also, wir haben natürlich Victor Klemperer im Zentrum, aber haben ihn sehr stark begriffen in seiner Beziehung zu Eva. Er kauft sich ein Auto. Er will leben, einfach nur leben. Das sind alles so wunderbar nachvoll-

ziehbare, menschliche Sehnsüchte." (Kai Wessel, Regisseur)

Die Verfilmung wie das Tagebuch enden mit Klemperers Rettung. Er flieht in der Dresdner Bombennacht und kehrt erst zurück, als die Befreier beginnen, am neuen Deutschland zu bauen. Dresden ist sowjetische Besatzungszone. Klemperer will die NS-Reste ausmisten helfen und tritt nach langem Zögern in die KPD ein. Er schreibt: "Dies ist das kleinste Übel. Aber es setzt neue Unfreiheiten an die Stelle der alten."

(Victor Klemperer)



Der Regisseur der ARD-Serie Kai Wessel hat sich als Kino- und Fernsehregisseur einen Namen gemacht. Sein 1988 entstandener Kinofilm "Martha Jellneck" wurde für den

Bundesfilmpreis nominiert. Das Drehbuch Peter Steinbach erhielt als Autor der Drehbücher von "Heimat 1" 1985 den Adolf-Grimme-Preis mit Gold. Der Hauptdarsteller (Victor Klemperer) Matthias Habich spielte Hauptrollen in in Volker Schlöndorffs "Fangschuß" (1976), Bernhard Sinkels "Taugenichts" (1977) und in jüngster Zeit in TV-Filmen wie "Die Rättin" (1997) und "Zucker für die Bestie" (1997). 1998 erhielt Matthias Habich den Adolf-Grimme-Preis für seine Rolle im TV-Film "Das Urteil".

Start 12. Oktober, dann jeden Dienstag - Donnerstag, jeweils 20.15 Uhr

Literatur:

Klemperer, Victor: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten, 2 Bde. Tagebücher 1933-1941; Tagebücher 1942-1945. Hrsg. v. Walter Nowojski u. a. AUFBAU, 1998

Vergeßt Heß

Am 17.08.1987 nahm sich der ehemalige Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß im Spandauer Gefängnis das Leben und wurde kurz darauf in Wunsiedel begraben. Diese Ereignis wurde Anlass für alljährliche Nazi-Spektakel, in den ersten Jahren gingen bis zu 2000 Nazis auf die Straße, um ihrem "Helden" zu gedenken. 1991 schätzte der Hamburger Neo-Nazi und damalige Co-Anmelder Christian Worch dieses Treffen wie folgt ein: "Wir streben heraus aus dem Ghetto, in das die westdeutsche Rechte sich seit Jahrzehnten hat einsperren lassen. Wunsiedel ist dafür eine große Chance. Dort liegt der Mann, den alle von uns mit großer Ehrfurcht und Hochachtung anerkennen, vom radikalsten Neo-Nazi bis hin zum gemäßigten Republikaner und sogar einigen Angehörigen der CSU. Sein Grab bietet sich an als Kristallisationspunkt."

Fanden in den Jahren 1988 - 1990 die Naziaufmärsche noch direkt in Wunsiedel statt, mußten in den darauf folgenden Jahren immer Alternativen gesucht werden, denn die Versammlungen wurden in vielen Orten verboten.

Die Konzepte änderten sich von zentralen Kundgebungen hin zu dezentralen Kleinkundgebungen oder Aktionswochen. Auch versuchten die Nazis ins Ausland, Luxemburg und Dänemark, auszuweichen, wuren aber in Luxemburg von der dortigen Polizei und in Dänemark von 2000 AntifaschistInnen wenig freudig empfangen.

Die Aufmärsche verloren im Laufe der Zeit an Attraktivität und Mobilisierungskraft für die Nazis

Dieses Jahr wurde zu einem internationalen Aufmarsch wieder nach Dänemark mobilisiert, 500 Nazis aus ganz Europa wurden angekündigt. Lediglich 20 Nazis trafen sich in Greve im dortigen Zentrum der Nazis. Ca. 400 GegendemonstrantInnen verhinderten, daß sie das Haus verlassen konnten, der Aufmarsch wurde schließlich vom örtlichen Nazi-Chef abgesagt

Auch die deutschen "Kameraden" sahen nicht besser aus. Kleinere Aufmarschversuche in Nord- und Mittelhessen wurden von der Polizei verhindert, sechs Personen wurden festgenommen. In Eisenhüttenstadt kamen am 16.08. immerhin 60 - 70 Nazis zu einer ursprünglich verbotenen Kundgebung mit Trommeln und Fackeln zusammen. Die NPD ging gegen das Verbot erfolgreich vor. Sie trafen auf ca. 200 GegendemonstrantInnen.

Am Todestag selber kam es schließlich zu mehreren kleinen Aktionen. In Barmstedt wurde eine Demo mit gut 50 Nazis von der Polizei aufgelöst, ein ebenso großer Aufmarsch in Rostock-Warnemünde löste sich beim Eintreffen der Polizei auf, in Groß Schwarzenlose bei Stendal zogen einige trommelnde Nazis mit Plakaten durch den Ort und in Berlin Hellersdorf wurden die 26 Personen einer Aktion festgenommen.

Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß im Landkreis Celle auch einige Nazis in Sachen Heß aktiv waren, bei Bröckel hingen lt. CZ vom 20.08.99 vier Transparente an zwei Brücken über der Bundesstraße 214 mit folgenden Sprüchen: "Helden sterben nie. Rudolf Hess", "Märtyrer für den Frieden. Rudolf Heß" und "'Rudolf Heß ermordet am 17.8.87'".

In der Innenstadt und in Neuenhäusern verunzierten Spuckies zum Heß-Gedenktage etliche Laternenpfähle. Zusammenfassend läßt sich dennoch feststellen, daß die Mobilisierung zum Heß-Gedenken sehr nachgelassen hat und sich dieses Datum letztlich nicht als das befürchtete alljährliche überregionales Nazi-Treffen etabliert hat. Was zu dieser Entwicklung beigetragen hat mag mehrere Gründe haben. Zum einen wurden Versammlungen an diesem Datum vielerorts verboten. So ein Verbot hält zwar nicht unbedingt, sh. Eisenhüttenstadt, aber es erschwert doch die Organisation einer Großdemo. Nicht unerheblich dürfte auch der antifaschistische Widerstand zur Demoralisierung beigetragen haben. Schließlich war es den Nazis nicht möglich - auch wenn sie, wie 1996 geschehen, in einhundert Städten Aufmärsche anmelden - die letztlich wenigen durchgeführten Versammlungen ungestört abzuhalten. Weiterhin scheint es sich abzuzeichnen, dass ein großer Teil der Rechten sich in Parteien organisiert und ihre Energie und Gelder in Wahlkämpfe steckt. Die sog. "Unabhängigen Kameradschaften" begehen den Heß-Gedenktage dagegen in kleineren z.T. auch privaten Zusammenkünften.

Auschwitz im Kosovo?

Vorwort:

Wir haben uns entschlossen den nachfolgenden Artikel abzudrucken und wollen damit gegen eine neue Variante des Revisionismus und der Geschichtsklitterung Stellung beziehen. Wurde die Singularität der systematischen Massenvernichtung des NS-Staates bisher meistens von rechts in Abrede gestellt, machten sich während des NATO-Angriffs auf Jugoslawien auch VertreterInnen der SPD, und der Grünen daran unsinnige historische Parallelen zu konstruieren um ihr völkerrechtswidriges Handeln zu rechtfertigen. Der Artikel ist leider schon etwas älter und stammt aus der Kriegszeit, was ihn aber nicht in seiner Aussagekraft gegen revisionistische Bestrebungen mindert. Daß in dem Artikel die Konflikte im Kosovo, in Kurdistan, in Kroatien und in Ruanda undifferenziert in eine Linie gestellt wurden, ist innerhalb der Redaktion auf Kritik gestoßen aber wegen unserem Hauptanliegen in den Hintergrund getreten.

Auschwitz im Kosovo?

Die Kriegsbetreiber der NATO ziehen immer wieder Parallelen zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und dem serbischen Nationalismus und begründen damit ihren Luftkrieg gegen Jugoslawien. Da ist von »Konzentrationslagern« und von »Bildern wie aus Schindlers Liste« die Rede. Betont wird »Nie wieder Auschwitz« - als ob dies im Kosovo unmittelbar bevorstand. Auch andere Länder machen bisweilen die Rechnung »Milosevic = Hitler« auf, aber in Deutschland wird dies besonders vehement vertreten. Diese Gleichsetzung ist falsch. Sie dient der Verteufelung des Kriegsgenossen und soll den Einsatz praktisch aller Mittel gegen Jugoslawien rechtfertigen. Zudem verharmlost sie den deutschen Nationalsozialismus und führt zu einer »Entsorgung« der deutschen Geschichte - ausgerechnet durch »Rot-Grün«.

"Humanitäre Intervention"

Der Pilot des US-amerikanischen Kampfflugzeugs: "Ich befinde mich auf 3.000 Fuß. Unten befindet sich ein Konvoi aus Autos und einigen Traktoren. Was ist das? Ich fordere Instruktionen."

Awacs: "Was für ein merkwürdiger Konvoi das ist? Was für Zivilisten, verdammt, es handelt sich um einen serbischen Trick. Zerstöre das Ziel."

Der Pilot: "Was soll ich zerstörend Traktoren? Autos? Ich wiederhole, ich sehe keine Panzer. Ich fordere weitere Instruktionen."

Awacs: "Es handelt sich um ein militärisches Ziel, ein legitimes militärisches Ziel. Zerstöre das Ziel. Ich wiederhole. Zerstöre das Ziel."

Der Pilot: "Verstanden. Ich feuere."

Funkverkehr zwischen dem Piloten des US-amerikanischen Kampfflugzeugs, das den kosovarischen Flüchtlingstreck beschossen und den Tod von mindestens 45 Menschen verursacht hat und dem Awacs-Leitflugzeug für diesen Angriff (aus: II Manifesto, italienische Tageszeitung, hier zitiert nach Arranca Nr. 17, Sommer '99)

Die Vertreibung im Kosovo ist kein »Auschwitz«

Bisher hat noch niemand behauptet, daß die Serben im Kosovo Gaskammern betreiben. SCHARPING und FISCHER sind klug genug, ihre Vergleiche mit dem NS nicht an konkreten Fakten festzumachen. Statt dessen wird mit Assoziationen gearbeitet, mit nicht genau definierten Begriffen (»KZ«) und mit erschreckenden Bildern »überfüllte Deportationszüge«. Wer hierzulande den Begriffe »KZs« gebraucht, will damit nicht etwa »große Gefangenenlager, in denen die Inhaftierten mißhandelt und viele getötet werden« bezeichnen, sondern geht stillschweigend davon aus, daß Vernichtungslager assoziiert werden. Damit wird die Beweislast umgekehrt: nicht mehr Scharping muß begründen, warum er von »KZs« spricht, und was dort genau passiert, sondern wir müssen argumentieren, weshalb Mord und Vertreibung im Kosovo etwas anderes sind als das Vernichtungsprogramm der Nazis.

Bisweilen wird uns dann vorgeworfen, wir spielten die Verbrechen im Kosovo herunter. Das ist nicht so. Die Vertreibung von Hunderttausenden und die Ermordung von zahllosen Kosovo-AlbanerInnen (wie viele es sind, werden wir wohl nie erfahren) sind grausame Verbrechen. Trotzdem bestehen wir auf der Feststellung: Vernichtung ist etwas anderes als »ethnische Säuberung«. Die Züge mit jüdischen Deportierten führen in die Vernichtungslager, die Züge mit Kosovo-Vertriebenen fahren an die Grenze. Die Morde und Quälereien, die serbische Einheiten im Kosovo verüben, haben eine andere Dimension als das Vernichtungsprogramm der Nazis (Daß dies für die einzelnen KosovarInnen, die gequält, vergewaltigt oder ermordet werden, kein »Trost« ist, liegt auf der Hand. Aber es geht hier darum, welche historischen Parallelen gezogen werden.) »Auschwitz war keine Vertreibung, Auschwitz war auch kein gewöhnliches Kriegsverbrechen. Auschwitz war die

industriell betriebene physische Vernichtung der europäischen Juden, von den Betreibern durchaus korrekt »Endlösung« genannt.« (Allg. Jüdische Wochenzeitung, 15.4.1999) Zur »Endlösung« gehörten auch der massenhafte Mord in den Ghettos und die Einsatzgruppen-Massaker hinter der »Ostfront«. Daß es nötig ist, den Scharpings und Fischers solche Klarstellungen entgegenzuhalten, ist bitter. Es zeigt, daß es seit 1945 nicht gelungen ist, ein Bewußtsein über das zuvor Geschehene gesellschaftlich zu verankern - ein Versäumnis auch der politischen Linken. »Auschwitz« galt bestenfalls als Metapher für unbegreifbare und unbeschreibliche Schrecken. Nur so ist es möglich, daß Auschwitz heute als Metapher für ganz andere

Kriegsverbrechen erhalten kann. Die Singularität der NS-Vernichtungspolitik wird damit gelehnt. Die mörderische Vertreibungspolitik («ethnische Säuberung») im Kosovo ist leider nicht einzigartig. In Türkisch-Kurdistan hat das türkische Militär in den vergangenen 15 Jahren Zehntausende Menschen getötet, zwei Millionen vertrieben und 4.000 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Kroatische Truppen vertrieben 1995 binnen weniger Tage mehrere hunderttausend SerbInnen aus der Krajina. In viel größerem Ausmaß wurden 1994 in Ruanda binnen weniger Wochen etwa eine halbe Million Menschen getötet und mehr als eine Million aus dem Land vertrieben. Bemerkenswerterweise verglichen deutsche Politiker die gegenwärtigen Verbrechen im Kosovo nicht mit diesen historischen Beispielen, sondern ziehen als Begründung für den ersten Krieg, den Deutschland seit 1945 führt, ausgerechnet Auschwitz heran.

Bisweilen ziehen auch KriegsgegnerInnen leichtfertige historische Parallelen. Aber auch die Gleichsetzung der deutschen Kriegspolitik auf dem Balkan 1941-1944 mit dem heutigen NATOKrieg verharmlost den NS. Auch Schröder ist kein »zweiter Hitler«.

Wozu dient der Bezug auf Auschwitz im aktuellen Krieg?

Die NATO-Kriegstreiber wollten angeblich ein »zweites Auschwitz« im Kosovo verhindern. Damit konnten sie alle militärischen Mittel rechtfertigen, die sie wollen. Wenn es konkret definierte Kriegsziele gab, dann lassen sich die Gegenmaßnahmen daran messen: Sind die Gegenmittel verhältnismäßig? Haben sie die erhoffte Wirkung? (z.B.: Wenn das tatsächliche Kriegsziel wäre, die Massenvertreibung zu stoppen, dann wäre es offensichtlich, daß ein Luftkrieg ein ungeeignetes Gegenmittel ist. Wenn es darum ginge, ein bestimmtes Territorium als Siedlungsgebiet für seine Bewohner zu erhalten, dann wäre es offensichtlich, daß es verkehrt ist dieses Territorium in Schutt und Asche zu bomben und zu verseuchen.)

Aber wenn es gegen »Auschwitz« geht, also gegen ein unfassbar schreckliches Verbrechen, dann erübrigt sich auch die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Dann ist auch ein Bruch des Völkerrechts akzeptabel, dann kommen auch Splitterbomben und Urangeschosse scheinbar legitim. Daß Scharping und Fischer ihre Auschwitz-Vergleiche selbst nicht ganz ernst nehmen, zeigt sich schon daran, daß sie eben doch nur bestimmte militärische Mittel wählen und andere nicht. Wenn es »im Norden von Pristina« tatsächlich ein KZ gibt (Scharping), warum werden dann nicht auch Bodentruppen eingesetzt, um die Gefangenen zu befreien? Warum wird den Flüchtlingen eine Aufnahme in Westeuropa verweigert? Der Auschwitz-Vergleich dient zur emotionalen Mobilisierung der »Heimatfront«, also der deutschen Öffentlichkeit. In Deutschland kommt hinzu, daß mit der »antifaschistischen« Begründung des aktuellen Krieges

Farbe bekennen



Bielefeld
13.5.1999
Kriegsaußenminister Josef Fischer wird mit roter Farbe beworfen. Ein Zeichen, das viele verstehen und selber gerne gesetzt hätten. Es gibt keine EinzeltäterInnen, wenn sie nicht alleine gelassen werden

für Prozeßkosten spenden
Konto: Ermittlungs-Ausschuß Berlin, »Aufprall«
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10,
Konto-Nr.: 20610106

das gesellschaftliche »schlechte Gewissen« verdrängt wird, das nach den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg (gerade auch gegen SerbInnen) womöglich doch noch existiert. Jetzt macht die Bundeswehr die Verbrechen der Wehrmacht wieder gut, sie übt sozusagen tätige Reue. Die Deutschen haben zwar nicht das »erste Auschwitz« bekämpft und verhindert, aber wenigstens tun sie es dieses Mal. Damit stellt sich Deutschland nachträglich auf die Seite der Alliierten. Scharping »*imaginiert sich selbst als antifaschistischer Kommandeur, der die Zufahrtswege nach Auschwitz bombardieren läßt*« (Günther Jacob). Dadurch wird die deutsche Geschichte entsorgt.

Bemerkenswerterweise ziehen die Rot-Grünen genau die entgegengesetzte Schlußfolgerung aus der deutschen Geschichte als ihre Vorgänger. KOHL und RÜHE argumentierten noch: Wegen Auschwitz muß Deutschland sich international zurückhalten. Gerade auf dem Balkan, wo die Wehrmacht gewütet hat, sollen keine deutschen Soldaten in Kampfeinsätze geschickt werden. Die Argumentation mag nur taktisch gewesen sein, aber es gab sie. Anders Rot-Grün. Aus ihrer Sicht darf sich Deutschland gerade wegen Auschwitz nicht zurückhalten, sondern ist zur »humanitären Intervention« geradezu verpflichtet. Aber was wäre, wenn der Vergleich doch richtig wäre? Wenn es im Kosovo tatsächlich ein »zweites Auschwitz« gäbe? An diesem Punkt geben wir Fischer und Scharping recht. Die Geschichte hat gezeigt, daß der NS-Völkermord erst durch die militärische Gewalt der Alliierten beendet, daß die Befreiung erst durch die bedingungslose Kapitulation erreicht wurde, auch wenn die Alliierten weniger von humanitären als von machtpolitischen Motiven geleitet wurden. Aber: die

Alliierten hatten damals schon im Vorfeld versagt. Die Alternative zur Appeasement-Politik wäre nicht sofortiger Luftkrieg gewesen, wie uns die heutigen Kriegstreiber weismachen wollen, sondern die systematische Isolierung Nazideutschlands. Wirtschaftssanktionen, Solidarität mit der demokratischen Regierung in Spanien gegen die FRANCO-Putschisten, Schließung der Ford-Fabriken, Unterstützung der antifaschistischen Opposition. Nicht einmal zu einem Olympiaboykott hat es damals gereicht.

Der »Auschwitz-Vergleich« und die »Berliner Republik«

Der aktuelle »Auschwitz-Vergleich« paßt zu den Bemühungen um eine »Normalisierung« Deutschlands (die sich auch an der aktuellen Debatte um ein Holocaust-Mahnmal in Berlin ablesen lassen). Wenn Milosevic Hitler gleicht, wenn die Serben im Kosovo eine Endlösung planen oder durchführen, dann verlieren die deutschen Verbrechen 1933-1945 ihre Einzigartigkeit. Wenn es überall »Hitlers« gibt, dann ist Deutschland ein ganz normales Land, dann hat Deutschland eben seine historischen »Schattenseiten« wie andere Länder auch. Andererseits bekräftigen Scharping und Fischer ja gerade eine deutsche Sonderrolle, wenn sie immer wieder an die NS-Verbrechenerinnerungen. Deswegen vermeiden die meisten Konservativen die Gleichsetzung »Milosevic = Hitler«, weil sie den NS am liebsten vergessen wurden. Aber wahrscheinlich hat der »Auschwitz-Vergleich« nun ohnehin seine Schuldigkeit getan.

Mit Scharping und Fischer ist das deutsche Militär jetzt antifaschistisch geworden und hat sich mit Verspätung auf die Seite der Alliierten geschlagen. Damit ist Deutschland jetzt eine normale Großmacht, wie die USA, Frankreich oder England eben auch und braucht beim nächsten Mal zur Legitimation keine »Hitlers« mehr. Auch nach innen sind die Tabus gebrochen. Das grundgesetzliche Verbot eines Angriffskrieges als eine Konsequenz aus der Nazigeschichte ist praktisch aufgehoben. Für künftige »humanitäre Interventionen« wird die antifaschistische Begründung nicht mehr benötigt.

Wohl kaum jemand dürfte über die aktuelle Gleichsetzung »Vertreibung = Völkermord« mehr Genugtuung empfinden als die deutschen Vertriebenenfunktionäre. Denn wenn die Vertreibung im Kosovo »Auschwitz« gleicht, dann gilt dies auch für millionenfache Flucht und Vertreibung der Ostdeutschen 1944/45. Für diese Gleichsetzung haben die Revanchistenverbände über 50 Jahre lang gekämpft, jetzt wird sie ihnen von RotGrün geschenkt.

Die Entsorgung der Geschichte hätte die alte Bundesrepublik nie geschafft. Die CDU (zumindest ihre Stahlhelm-Fraktion) verkörperte die Nazi-Kontinuitäten in der BRD. Ihnen hätte niemand (weder im Inland noch im Ausland) die »Nie wieder Auschwitz«-Parolen abgenommen. Dagegen präsentieren sich die Rot-Grünen als geborene AntifaschistInnen. Die »Alt-68er« Schröder, Fischer, Scharping und Co. präsentieren jetzt »Nie wieder Auschwitz« als ihr »Lebensmotto«. Dieselbe

Bundesregierung feilscht derzeit mit den wenigen überlebenden ZwangsarbeiterInnen um ihre Rechtsansprüche auf Entschädigung.

Von ZAK Tübingen (Zehn alternde Kader), Kontakt:
Belthlestr. 40, 72070 Tübingen

(entnommen dem Antifaschistischen Info-Blatt
Nr. 48/1999)



CELLER ALLTAG IM FASCHISMUS



- LEBEN IN DER BLUMLAGE

Von Reimar Bahr u.a./Bearbeitet von RWLE Möller

Teil 4

Dem folgenden Text liegt eine Arbeit von drei Hölty-Schülern aus dem Jahr 1981 zugrunde, die sich damit am Schreibwettbewerb "Alltag im Nationalsozialismus" der Hamburger "Körper-Stiftung" beteiligten. Der interviewte Paul Schang war Herausgeber der kommunistischen Zeitung "Das rote Sprachrohr", Betreiber des "Arbeiter-Radios" und Leiter des Jugendverbandes der Celler KPD. Nach dem Krieg arbeitete er als Platzwart bei TuS Celle und starb am 23.3.1985.

Dieser Artikel ist der 4. Teil der Reihe "Celler Alltag im Faschismus". Teil I bis 3 erschienen bereits in den letzten Ausgaben der PubliZ. Solltet ihr die vorhergehenden Beiträge noch nicht kennen und Interesse an ihnen bestehen so können Teil I bis 3 bei der Revista Redaktion angefordert werden.

RWLE Möller hat den Text neu überarbeitet und statt mancher Kürzel, wenn möglich, die betreffenden Namen eingesetzt.

Am 28. März [1933] wird die zweite Garnitur der Kommunistischen Parteileitung, zu der auch Pauls Bruder Heini und ein weiterer Schwager gehören, verhaftet und in Schutzhaft überführt. Paul und seine Genossen der dritten Garnitur springen ein. Neben dem Vertrieb der verbotenen Publikationen Rotes Sprachrohr und Rote Front besteht die illegale Öffentlichkeitsarbeit der Celler KP im Drucken von Plakaten. Paul: "Da unsere Druckmaschine weg war, hat ein Genosse, der Maler war, Linolschnitte gemacht. Die haben wir eingestrichen, Plakate damit gedruckt und die dann nachts geklebt. Papier haben wir durch eine Genossin gehabt, die bei der CZ (Cellesche Zeitung) arbeitete. Auf den Plakaten stand zum Beispiel 'Freiheit für Thälmann.'" Ungefähr einen Monat lang kann die dritte Garnitur ihre Aktivitäten unbehelligt entfalten.

In diese Zeit fällt ein am 1. April im ganzen Reich durchgeführter organisierter Boykott jüdischer Geschäfte. Paul erinnert sich an ein Schuhhaus Salomon in der Poststraße, vor dem sich zwei SA-Männer mit Pappschildern ("Kauft nicht bei Juden!") postieren. Einer der beiden Nationalsozialisten ist der Weltkriegsveteran Erich P. Der jüdische Ladenbesitzer [Oskar Salomon] reagiert auf die Aktion, indem er sich die im ersten Weltkrieg

erworbene Auszeichnung EKI sowie das Goldene Verdienstabzeichen anheftet und sich in seinen Ladeneingang zwischen die beiden SA-Männer stellt. "Da hat der ältere ganz verschämt sein Plakat genommen und ist verschwunden. Erich und ich reden manchmal heute noch darüber."

Weitergehende Informationen zu jüdischen Geschäften und zur jüdischen Gemeinde in Celle gibt Paul im Zusammenhang mit der "Reichskristallnacht" [im Folgenden].

Sein Verhältnis zu den Juden beschreibt Paul als gut. Er habe oft bei Juden gekauft, vornehmlich bei den Gebr. Freidberg. Einer dieser Brüder ist der Trauzeuge seiner Eltern gewesen.

Von einer anderen Einstellung gegenüber den jüdischen Mitbürgern erfahren wir durch die Aussagen von Frau P. Ihre Familie habe nur die Dinge bei Juden erworben, die sonst nicht zu bekommen waren, weil ihr Vater einmal "schlechte Erfahrungen mit Juden gemacht" habe.

An seinem 18. Geburtstag, dem 24. April 1933, wird Paul verhaftet. Ein Gastwirt, dem er einmal wöchentlich die Rote Front und das Rote Sprachrohr geliefert hat, denunziert ihn bei zwei Gestapo-Beamten, die anlässlich der Einrichtung einer Celler Dienststelle (neben dem KAV-Gymnasium) in dem der Gastwirtschaft angegliederten Hotel einquartiert sind. Verhaftungsgrund ist das Verbreiten kommunistischer Publikationen. Dazu Paul: "Inoffiziell geschah es mehr oder weniger deshalb, weil ich der Leiter des KJVB war; das war bekannt, da ich vorher, wenn wir Versammlungen hatten, die bei der Polizei anmelden mußte."

Bevor Paul im September 1933 zusammen mit einem am 5. März verhafteten Schwager in das Konzentrationslager Brandenburg/Havel gebracht wird, sitzt er in Celle ein. Über seine Lagerhaft berichtet er nur wenig. Es ist nur zu erfahren, daß man dort wenig Rücksicht auf seine Behinderung nimmt und daß er bei der Einlieferung geschlagen wird. Paul: "Während ich in Achtung neben der Tür stand, wurde ich von zwei SS-Leuten vernommen. Die wollten alles über mich wissen, unter anderem auch, welcher Organisation ich angehört hatte. Ich sagte 'Kommunistischer Jugendverband'. 'Wie ist denn die Abkürzung dafür?' fragte der Protokollführer seinen Kameraden. 'KJI'

antwortete der andere. Und ich meinte denn so trocken: 'Sie können auch KJVD schreiben.' 'Was heißt das?' schrie er mich an. 'Kommunistischer Jugendverband Deutschlands' sagte ich. Da ist er hochgesprungen, hat mir eine geschmiert, daß ich hinten in der Ecke lag und brüllte: 'Daß wir nicht in Polen sind, das weiß ich auch!'"

Pauls Schwager wird im November 1933 entlassen. Nach Celle zurückgekehrt, wird er vom Arbeitsamt tageweise für Gelegenheitsarbeiten vermittelt. Als er sich einmal mit dem dafür zuständigen Sachbearbeiter überwirft, wird er erneut verhaftet. Nach Pauls Schilderung ist es nur dem resoluten Vorgehen seiner Schwester Mary bei dem NSDAP-Kreisleiter P [Walther Pakebusch] zu verdanken, daß es zu keiner nochmaligen KZ-Einweisung kommt.

Im Januar 1934 wird Paul aus dem KZ Brandenburg entlassen und kommt wieder nach Hause. Knapp zwei Monate später wird er zum ersten in Hannover stattfindenden Prozeß gegen Celler Kommunisten erneut inhaftiert. Die Zeit bis zum Prozeßbeginn am 23.7.1934 verbringt er in Untersuchungshaft.

Vor dem 3. Strafsenat des Kammergerichts Berlin haben sich 24 Celler Kommunisten wegen Vorbereitung zum Hoch- und Landesverrat sowie wegen Waffen- und Sprengstoffbesitzes zu verantworten.

Hauptangeklagte sind die bereits im Zusammenhang mit dem illegalen Sender erwähnten L. und Walter R. [Willibald Löbke und Walter Reinhardt]. Weiterhin stehen die frühere KP-Ratsherrin Frau S [Henriette Schmidt] und der Celler Organisationsleiter Heinz O [Heinz Ohrt] unter Anklage.

Die Anklage gegen Paul lautet auf Druck und Vertrieß des Roten Sprachrohrs und der Roten Front. Der Prozeß zieht sich über fünf Tage hin. "Wir wurden jeden Morgen und Abend vom Gefängnis Leohardstraße hinüber in das Gerichtsgebäude gebracht. Jeder Häftling ein SA-Mann, alle an der Kette."

Paul ist mit 19 Jahren der jüngste Angeklagte. Ein Vertreter der Jugendbehörde wohnt deshalb der Verhandlung bei. Paul streitet die ihm zur Last gelegten Straftaten ab. Zum Verlauf des Prozesses merkt er an, daß der Staatsanwalt ihn einmal mit den Worten "Daß der nicht normal ist, kann man ja wohl sehen, sonst würde er nicht immer so grinsen und griesen" angebrüllt habe. Paul "Damals hatte ich ein Gesicht, da brauchte ich nur einen Mundwinkel zu verziehen, dann sah es aus, als ob ich grinsen würde." Der Staatsanwalt beantragt gegen ihn eine sechsmonatige Gefängnisstrafe. Das Plädoyer des für Paul zuständigen Pflichtverteidigers, der noch fünf weitere Angeklagte zu vertreten hat, besteht in Folgendem: "Der ist nur aufgestanden, hat die Namen seiner Mandanten verlesen und gesagt: 'Ich bitte die Angeklagten, ein offenes Geständnis abzulegen und sich somit der Milde des Gerichts anzuvertrauen.'"

Das Gericht verurteilt Pauls Mitangeklagte zu Strafen, die alle unter den Anträgen des Staatsanwaltes liegen. Die beiden Hauptangeklagten erhalten jeweils fünf Jahre Zuchthaus. Heinz O. [Ohrt] wird mit zwei Jahren Gefängnis bestraft und die Ratsherrin S [Schmidt] erhält

eine Gefängnisstrafe, die durch ihre Untersuchungshaft bereits verbüßt ist. Nur Paul wird wegen "dreisten Leugnens und seines Benehmens vor Gericht" zu einer achtmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Doch auch seine Strafe ist schon durch die Untersuchungs- und Konzentrationslagerhaft verbüßt. Am Morgen des 30. Juli 1934 wird Paul aus dem Gefängnis entlassen.

Fortsetzung folgt

RWLE

Bitte vorbestellen:

RWLE Möllers CELLE - DAS STADTBUCH

Überarbeitete und ergänzte Neuauflage des "Celle-Lexikons" von 1987!

Erscheint 1999/2000 zum Preis von ca. 60,-DM

Bestellungen per Fax:
05141/28577 oder
email: rwlem@t-online.de



Gleichstellungsgruppe der PDS gegründet

Seit die PDS vor gut einem Jahr auch in Celle startete, um sozialistische Parteipolitik anzubieten, forderte der Apparat - wie zu erwarten war - seinen Tribut in Form von organisatorischen Arbeiten und Wahlkampfunterstützungen. Zum 1. Oktober wird so auch das Büro erneut umziehen und sowohl die Räume der Europa-A-beordneten Felek Uca als auch die des Kreisverbandes Celle in der Bergstraße 50 zu finden sein.

Ungeachtet der Zuschüttung der Frage "Wann geht's denn endlich los?" durch allerlei Ablenkungen, haben sich jetzt Arbeitsgruppen gebildet, die sich verschiedenen Schwerpunktthemen widmen, um sich für die anstehenden Aufgaben der niedersächsischen Kommunalwahl zu qualifizieren. Als erste sei hier die GLEICHSTELLUNGSGRUPPE vorgestellt.

Trotz des notorischen Frauendefizits in der Celler PDS, wird sich die Gruppe über Mangel an Gleichstellungsarbeit nicht zu beklagen haben. Geht es hier doch um die Abschaffung von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle und der sexuellen Orientierung.

In diesen Bereich gehören das sogenannte Mobbing, (polizeiliche) Überwachung, Anlage von "Rosa Listen" und anderen Datenschutzverstößen, Androhung oder Ausübung von Gewalt, Vorenthalten von Arbeit, Wohnung, ärztlichen Dienstleistungen, von Rechten in "eheähnlichen Beziehungen", Sinn oder Unsinn der "Hamburger Ehe" u.s.f. Hier sind politische Forderungen notwendig, die die AIDS-Hilfen z.B. von ihrem Anspruch her nicht stellen können und die die im zunehmenden Maße sich selbst und den Christopher Street Day feiernden Selbsthilfegruppen nicht mehr stellen wollen.

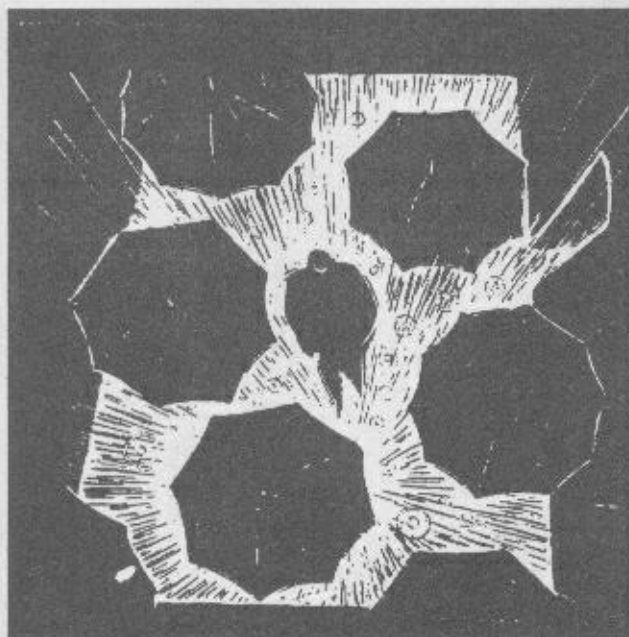
PDS Celle

Aus der 2. Vollversammlung Politisches Plenum - im Bunten Haus am 8.9.99

Die VV findet jeden 1. Mittwoch im Monat (terminliche Änderungen vorbehalten) ab 19 Uhr im Bunten Haus statt. Es soll eine Plattform für linke politische Gruppen oder Einzelpersonen sein, um anliegende Fragen zu aktuellen Themen zu diskutieren, Informationen auszutauschen und um ganz allgemein der Vernetzung untereinander zu dienen. "Das Plenum ist offen für alles und jede/n."

1) Es wird in Zukunft eine Volkküchengruppe weniger geben, d.h. nur noch drei verschiedene. Das bedeutet entweder, daß alle Verbliebenen öfter kochen müssen (mehr Arbeit) oder die Vokü nur noch alle zwei Wochen stattfindet (weniger Vokü) - was unglaublich schade wäre! Also wird jetzt verzweifelt nach einer neuen, engagierten, netten Vokü - Gruppe gesucht, die einmal im Monat sonntags die ca. 20-30 dankbaren Gäste vegetarisch oder vegan bekocht. Wer die Volkküche noch nicht kennt, komme sonntags ab 18 Uhr ins Cafe' (Buntes Haus) zum schauen + kosten. (Bei Interesse am Mitmachen ebenda melden, oder donnerstags ab 19 Uhr beim Plenum)

2) In der Nacht vom 8. auf den 9. August wurde in Eschede ein Mann von mindestens zwei jungen Nazi-Skinheads in seiner Wohnung überfallen und so lange mißhandelt, bis er seinen schweren Verletzungen erlag. Der Mann hatte die beiden als ausländerfeindlich bezeichnet, wegen dieser Äußerung mußte er sterben (Ausführlicher Bericht auf Seite 10). Der Mord und die Tatsache, daß die Ermittler der Polizei ihn als nicht politisch motiviert bezeichneten, war nur kurz in den Medien, in der Stadt, sowie im LK Celle war er kein Thema. Es gab keinen Aufschrei und bis auf einen Leserbrief keinerlei Reaktion, nicht einmal von linken Gruppen. Deshalb hat sich eine AG gebildet, die Informationen zu dem



Thema sammelt und diskutieren will, inwiefern die Tat thematisiert werden kann.

3) Aus dem Anti- Atom- Bereich gab es eine kurze Ankündigung für die Demo in Lingen am 25.9. Dieses erste "dezentrale Zwischenlager" für ausgediente Brennstäbe aus AKWs haben wir dem rot-grünen Ausstiegskurs zu verdanken, und wenn nichts Unvorhergesehenes passiert, können wir "sicher" sein, daß das Abschalten der AKWs noch mindestens 30 Jahre aufgeschoben wird. Es soll dazu eine Infoveranstaltung und für DemonstrantInnen ein Vorbereitungstreffen geben.

4) Der 22. Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) findet dieses Jahr vom 28. - 31. Oktober in Hannover im Kulturzentrum "Pavillon" statt. In den vier Foren, die für den BUKO organisiert wurden, wird in AGs über die ins Haus stehende Weltausstellung EXPO, Weltwirtschaft und Globalisierung, Soziale Fragen und Soziale Kämpfe, Militarisierung von Wirtschaftsinteressen (Kontrolltechniken der Zukunft - Nachhaltige Herrschaftssicherung), und "Dialog- Kultur: gleichberechtigt zusammenarbeiten" informiert und diskutiert. Für Unterhaltung ist auch gesorgt: es gibt ein Kabarett, eine Party und ... gemeinsames Aufräumen. Es lohnt sich teilzunehmen, um Infos auszutauschen, mitzudiskutieren, Kontakte zu knüpfen oder einfach nur zuzuhören. Die Teilnahmegebühr ohne Übernachtung und Verpflegung beträgt 50 DM, weitere Infos und die Anmeldung gibt es bei der BUKOGeschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg / Tel. 040-39 31 56.

5) In den letzten Jahren sind die Kontakte zu den in und um Celle lebenden KurdInnen fast gänzlich eingeschlafen, und es wurde festgestellt, daß es auch in Bezug auf die jetzige Situation der KurdInnen in der Türkei (Irak, Syrien, ...) ein Informationsdefizit gibt. Eine Einschätzung auf der VV war, daß seit der Niederlegung der Waffen durch die PKK neue Möglichkeiten entstehen, sich beispielsweise für die Freilassung der politischen Gefangenen in der Türkei einzusetzen. Die türkische Regierung benutzte die Gefangenen als Druck-(Verhandlungs-)mittel gegen die PKK. Nach der Beendigung des bewaffneten Kampfes hat sie dazu keine Legitimation mehr. Bevor es aber Aktivitäten in der Richtung geben soll, einigte sich die VV darüber, eine/n Referenten/in einzuladen, die/der über die neue Situation und die Auswirkungen nach der Waffenniederlegung berichten kann, und das Thema zum Schwerpunkt der nächsten VV zu machen. (Es ist auch sinnvoll, selbst aktiv zu werden und Infos zum Thema zu sammeln und/oder schon mal vorzudiskutieren.)

**Die nächsten VV's:
Mittwoch 6.10.99 und 3.11.99
jeweils ab 19 Uhr im Bunten Haus**

Projekt Z im Bunten Haus

Celle ist in vielem absolute Provinz, so bekommt mensch hier kaum etwas mit von der doch vielfältigen linken Medienlandschaft. Ein neues Mini-Projekt im Bunten Haus will diesem Mangel abbelfen. Ab sofort gibt's Lese-stoff! Jeden Donnerstag können Interessierte zwischen 17 und 19 Uhr im Bunten Haus in folgenden Zeitschriften blättern und lesen, sie kaufen oder für eine Woche ausleihen

- iz3w - blätter des informationszentrums 3. Welt
- Politische Ökologie
- Politische Berichte - Zeitschrift für sozialistische Politik
- RAZZ - Zeitung für ein radikales Hannover
- Blätter für deutsche und internationale Politik
- Lateinamerika Nachrichten
- analyse & kritik - Zeitschrift für linke Debatte
- Der Rechte Rand - Informationen von und für AntifaschistInnen
- Konkret - Politik & Kultur
- Frauensolidarität - Entwicklungspolitische Initiativen für Frauen in der "Dritten Welt"
- alaska - Zeitschrift für Internationalismus
- afrika süd - zeitschrift zum südlichen afrika
- Contraste - Die Monatszeitung für Selbstorganisation Cuba Libre
- arranca
- Angehörigen Info - Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD
- ZAG - antirassistische zeitschrift
- Antifaschistisches Info Blatt

Es werden hoffentlich noch einige dazukommen - Kaufen, leihen oder lesen kann mensch die Zeitschriften jeden Donnerstag zwischen 17-19 Uhr im Archivraum, gelegentlich wird auch zu Konzerten im Bunten Haus ein Büchertisch gemacht werden. (drah)

Anzeige

BÜCHERHAUS

Buchfink

Wer läuft schon vorm Lesen davon

Ab sofort auch im Internet für Sie da
www.buchfink-celle.de
e-mail: info@buchfink-celle.de

Am Heiligen Kreuz 25 · 29221 Celle
Tel. 0 51 41 - 21 74 20 + 74 08 37
Fax 0 51 41 - 2 45 24



Gute Zeiten - Schlechte Zeiten

"Von 1182 Mitarbeitern im Jahre 1992 sind wir im Jahre 1999 auf 938 Mitarbeiter herabgesunken, das heißt, wir haben fast 25 % Personaleinsparungen erzielt. Das ist eine Größenordnung, die kaum von einer anderen Kommune erreicht worden ist (...), daß ich jetzt langsam Sorge habe an die Belastbarkeit der Mitarbeiter zu stoßen."

Martin Biermann, Celler Oberstadtdirektor im Celler Blickpunkt Mai 1999

"Wer Integration wirklich will, darf Parallelgesellschaften von Ausländern nicht zulassen. Eine besondere Verantwortung tragen hier die Wohnungsgesellschaften. Bereits entstandene Gettos von ethnischen Gruppen müssen sukzessive aufgelöst werden, neue Gettos dürfen keinesfalls entstehen. Ausländerfeindlichkeit entsteht dann, wenn man sich im engeren Umfeld überfremdet fühlt: Im Treppenhaus des eigenen Wohnblocks, beim Einkauf im Stadtviertel, in der Schulklasse der Kinder, am Arbeitsplatz oder am Kinderspielplatz."

Hans-Peter Uhl, CSU-MdB, in Epoche II/99

"In der Opposition könne eine Partei überspitzte Forderungen stellen, aber in der Regierung muß man sich den Realitäten Europas und der Welt anpassen."

Julius Kriszan, Celler Kreistagsabgeordneter der Grünen in der CZ vom 15.05.1999

"Ich bin nicht der grüne Außenminister, das ist ein großer Irrtum. Die Grünen stellen den deutschen Außenminister und der macht deutsche Außenpolitik"

Joseph Fischer, Außenminister, am Montag den 19. Juli 1999 in der Tageszeitung

"Nur nicht sofort nach dem Stundenlohn (fragen) - darauf reagieren viele allergisch."

Wolfgang Reinike, Jobvermittler beim Arbeitsamt Celle, Tip für Ferienjob-Suchende die bei Firmen vorstellig werden, CZ 06.08.1999

"Es gibt hier zu viele Walsers, die von der Vergangenheit nichts mehr wissen wollen, die sagen: Was geht es mich an? Ich habe den Eindruck, daß die Mehrheit der Bevölkerung das so sieht"

Ignatz Buhis, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, in der Berliner Zeitung vom 28. Juli 1999

"Bei rund 30 Billionen Mark, die auf deutschen Konten lägen, wurde ein Prozent weniger keinem weh tun."

Ein Sprecher des DGB-Nord laut CZ vom 27.07.1999

"Der Staat hat doch immer weniger Instrumente, um unternehmerisches Verhalten zu lenken. Allerdings habe ich von der Regierung schon mehr Mut vor dem Fürstenthron erwartet. Wenn es nicht so lächerlich wäre, könnte man sagen: Der Markt hat sich durchgesetzt, der Staat stirbt immer mehr ab."

Franz Steinkühler, ehem. Chef der IG Metall im Tagesspiegel vom 27.06.1999

Anmerkungen zur neuen Politik der PKK

Viele offene Fragen, aber auch eine offene Situation

Viele Freunde hatte die kurdische Befreiungsbewegung und ihre Partei, die PKK, in der bundesdeutschen Linken zuletzt nicht mehr. Zentralismus, Personenkult, Nationalismus lauteten die Standardvorwürfe. So kann es dann kaum verwundern, daß auf die Einstellung des bewaffneten Kampfes im Anschluß an das Todesurteil gegen PKK-Chef Abdullah Öcalan zumeist mit Hämme reagiert wird. Besserwisseri und Unkenntnis über die Situation und die Bedingungen in der Türkei münden in zynischen Statements, die gut und gerne für einen Job im Auswärtigen Amt qualifizieren würden. Angemessen wäre dagegen vielleicht ein Nachdenken über die Situation der kurdischen Befreiungsbewegung und mögliche Chancen, die sich jetzt eröffnen.

In Kurdistan praktiziert der türkische Staat eine brutale, halb-koloniale Form der Unterdrückung, so daß der kurdischen Bevölkerung der Kampf für einen eigenen Staat seit Ende der 70er Jahre der richtige Weg aus dieser Abhängigkeit schien. Daß die PKK dieses Ziel letztlich aufgab, ist vor dem Hintergrund des militärischen Kräfteverhältnisses und - international - der Interessen der NATO in dieser Region schlicht realistisch. Die national-territorialen Ziele wandelten sich in Forderungen nach Autonomie innerhalb des türkischen Staates, kulturelle und soziale Probleme werden wieder mehr in den Vordergrund treten.

Verständlich wird dieser Wandel unter mindesten zwei Aspekten. Zum einen ist die PKK militärisch seit 1995 in der Defensive: Sie hatte ihre wesentliche politische und logistische Basis in Dörfern, die in den letzten Jahren von der türkischen Armee zerstört und entvölkert wurden. Schließlich kündigte Syrien, wo sich die meisten militärischen Lager der kurdischen Befreiungsbewegung befinden, im letzten Jahr die Unterstützung auf. Zum anderen hat der Krieg dazu geführt, daß heute nur noch etwa die Hälfte der KurdInnen und Kurden in "Kurdistan" leben, die andere in der Westtürkei und Europa. Die harte Konfrontation mit dem türkischen Staat hat parallel aber ein kurdisches Selbstbewußtsein hervorgebracht, das heute andere Möglichkeiten für die Durchsetzung von Interessen bietet als vor 20 Jahren.

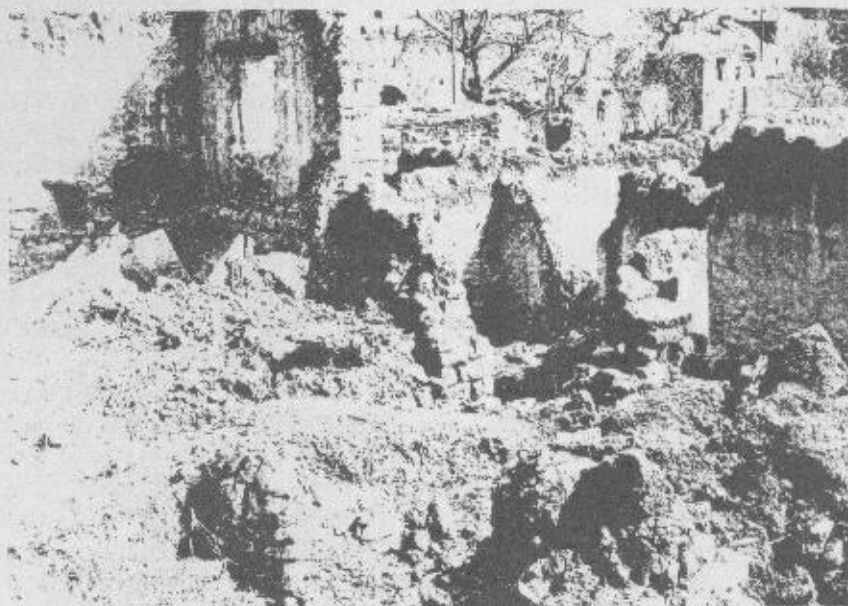
Seit 1993 versucht die PKK, den durch den bewaffneten Kampf hervorgebrachten Ausnahmezustand auf der politisch-diplomatischen Ebene in Zugeständnisse des türkischen Staates umzumünzen. Die Waffenstillstandsangebote waren vormem-

durchaus nicht immer Zeichen von Schwäche - der türkische Staat konnte allerdings, gestützt durch die mächtigen NATO-Staaten, auf militärische Zerschlagung der PKK setzen. Da es weder gelang, die Unterstützung relevanter Teile der türkischen Bevölkerung einerseits, noch der europäischen Staaten andererseits zu gewinnen, wurde der national-territoriale Kampf der kurdische Bewegung zunehmend perspektivlos. Das aber hieß zum einen, die territorialen Forderungen aufzugeben zu müssen, zum anderen tatsächlich eben auch die militärische Konfrontation zurückzunehmen.

Insoweit gab es jetzt zur Einstellung des bewaffneten Kampfes kaum Alternativen. Zwar legt die PKK damit ihr wichtigstes Machtpotential aus der Hand. Vielleicht aber können so neben der Forderung nach demokratischen Rechten auch soziale Kämpfe wieder in den Vordergrund treten. Vielleicht werden bestehende Klassen- und Interessenunterschiede nicht länger durch die nationale Frage überlagert und es konstituiert sich eine neue emanzipative Fraktion. Vielleicht mindert sich der Identitätsdruck auf die in Europa lebenden kurdischen MigrantInnen, was hier andere Formen von Zusammenarbeit möglich machen könnte.

Vielleicht, vielleicht, vielleicht. Vieles ist offen und schwer einzuschätzen. Statt sich einfach auf Formeln von "Verrat" und "Reformismus" zurück- und aus jeglicher Solidarität herauszuziehen, sollten internationalistisch gesinnte Menschen in der BRD versuchen, aus der tendenziellen Offenheit der Situation den Kontakt zu kurdischen MigrantInnen und ihren Organisationen wieder zu suchen, und sie in emanzipativen Forderungen unterstützen.

drah



Dorfzerstörung im Cudi-Messic (Kurdistan, Türkei 1991)

PKK: Die Waffen nieder?

Interview mit Taylan Pir

(Taylan Pir schreibt u. a. für die türkischsprachige prokurdische Tageszeitung Özgür politika, die in der BRD erscheint. Er bezeichnet sich selbst als "die PKK und die kurdische Bewegung seit Jahren beobachtender türkischer Journalist")

F: Die PKK hat den bewaffneten Kampf in der Türkei aufgegeben und zieht seit dem 1. September 1999, dem Antikriegstag, die Einheiten aus dem Südosten des Landes, zurück. Warum?

Militärisch ist dieser Kampf momentan nicht zu gewinnen. Der PKK steht die zweitgrößte Armee der Welt gegenüber. Es gibt seit langer Zeit eine Patt-Situation, die sicherlich auch noch eine Weile zu halten wäre, aber das würde nur weiteres Blutvergießen bedeuten. Der Kampf der PKK hat dazu beigetragen, daß das kurdische Volk seine Identität als nationale Einheit erkennt und Widerstand gegen seine Unterdrückung entwickelt. In 15 Jahren Guerillakampf - und vor allem seit der Reise Abdullah Öcalans nach Italien und dessen späterer Verschleppung - ist die ganze Welt auf die Kurdistan-Frage aufmerksam gemacht worden. Die ganze Menschheit kennt unser Problem. Der bewaffnete Kampf hat seine Rolle gespielt. Jetzt kann es nur noch eine politische Lösung geben.

F: Gibt es von türkischer Seite eine Resonanz auf diesen Vorschlag?

Am 3. September hat der Generalstab der türkischen Armee eine Erklärung dazu abgegeben. Darin wird der Truppenabzug der PKK als positiver Schritt bewertet. Aber, so die Forderung der türkischen Armee, der Truppenabzug alleine reicht nicht aus, die PKK müsse die Waffen abgeben.

F: Wird die PKK diese Forderung erfüllen?

Darüber wird zu reden sein, wenn die türkische Regierung nun auch "positive Schritte" unternimmt.

F: Was sollten das Ihrer Meinung nach für Schritte sein?

Die PKK hat den Rückzug der Guerilla mit ganz klaren Forderungen verbunden. Dazu muß die türkische Regierung sich nun verhalten. Die PKK fordert, die Auflösung der Spezialeinheiten, die offiziell den "Terrorismus" bekämpfen sollen, aber in Wahrheit nichts anderes tun, als ihrerseits die kurdische Bevölkerung zu terrorisieren. Sie fordert die Auflösung des Dorfschutzsystems, die Anerkennung der kurdischen Identität, d. h. freie Ausübung von Sprache und Kultur. Sie fordert, daß der kurdischen Bevölkerung die Rückkehr in die kurdischen Gebiete ermöglicht wird. Außerdem die Anerkennung der PKK als legale

politische Partei und eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen.

F: Würden Sie sagen, daß sich das politische Kräfteverhältnis in der Türkei im letzten Jahr verändert hat?

Die kurdische Partei HADEP oder der Gewerkschaftsverband KESK sagen heute ganz offen: Keinen Frieden ohne PKK. Das haben sie vor einem Jahr auch schon gesagt, ohne daß deshalb der Frieden einen Schritt näher gekommen wäre. Nach der Reise Abdullah Öcalans nach Italien wurde die Revolutionäre Plattform, ein Zusammenschluß demokratischer Organisationen, gegründet. Das ist eine enorme Veränderung der politischen Landschaft.



1990: PKK-Ausbildungslager in der Behan-Ebene in Libanon. Foto: R. Maro

(...) Trotzdem heißt das nicht, daß nun alle Probleme gelöst sind. Die PKK setzt auf Zeit. Der bewaffnete Kampf hat 15 Jahre gedauert. Die Partei geht davon aus, daß es mindestens noch einmal zehn bis 15 Jahre dauern wird, bis überhaupt absehbar ist, ob die Bemühungen um Demokratisierung fruchten. Die PKK sagt: "So lange werden wir warten. Aber wenn die türkische Armee mit Waffen auf uns losgeht, dann werden wir wieder kämpfen."

F: Ist das realistisch? Kann der Rückzug der Guerilla jemals wieder rückgängig gemacht werden? Alle kontrollierten Gebiete innerhalb des Territoriums der Türkei sollen aufgegeben werden.

Wer sagt denn, daß die Guerilla nur in den Bergen kämpfen kann? Wenn der bewaffnete Kampf wieder aufgenommen wird, dann nicht in den Bergen, sondern in den Metropolen. In den türkischen Metropolen. Aber wie gesagt, im Moment geht die PKK davon aus, daß die türkische Regierung mit legalen politischen Mitteln zum Frieden gezwungen werden kann.

Interview: Birgit Gärtner
leicht gekürzt aus: jw, 13.9.1999

§ 19 – Ein Spiegel für Rassismus und Frauenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft

Seit Jahren fordert die autonome Frauenhausbewegung gemeinsam mit bundesweiten Initiativen zur Änderung des § 19 AusländerInnengesetz das ehedatenunabhängige, eigenständige Aufenthaltsrecht für Migrantinnen.

Im September vergangenen Jahres garantierten die Regierungsparteien in ihrer Koalitionsvereinbarung eine Änderung des § 19 AuslG. Demnach sollte die für einen eigenständigen Aufenthalt ausländischer EhepartnerInnen notwendige Ehebestandszeit von vier auf zwei Jahre verkürzt werden. Das ist seit nunmehr einem Jahr noch immer nicht umgesetzt worden!

Die von der Mehrheit aus CDU/ CSU/ FDP/ SPD im Bundesrat und Bundestag am 27.10.97 beschlossene Novellierung des AusländerInnengesetzes orientiert sich eng an den unmenschlichen, rassistischen und frauenfeindlichen Zielen des AusländerInnengesetzes vom Juli 1990. In den Ausführungen zu den "ausländerpolitischen Grundlagen des Ausländerrechts" heißt es unter der Überschrift "Zuwanderungsbegrenzung",

"... daß die BRD nicht unbegrenzt allen zuwanderungswilligen Ausländern einen dauernden Aufenthalt ermöglichen kann."

Eine wesentliche Aufgabe ist "... die Begrenzung eines auf Dauer angelegten Zuzugs... aus Nicht-EG Staaten zu gewährleisten."

Passend dazu der Kommentar der CDU/ CSU im Bundestag:

"... Auch Nachteile und gesellschaftliche Diskriminierungen, die der zur Rückkehr verpflichtete Ehegatte im Herkunftsland im Einzelfall zu erwarten haben kann, sind nicht immer geeignet, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht auch dieses Ehegatten in Deutschland zu begründen, da die Bundesrepublik Deutschland kein Aufnahmeland für ausländische Partner gescheiterter Ehen ist..."

Der § 19 des AuslG lautet:

- (1) Die Aufenthaltserlaubnis des Ehegatten wird im Falle der Aufhebung der ehelichen Lebensgemeinschaft als eigenständiges, von dem in § 17 Abs. 1 bezeichneten Aufenthaltswort unabhängig Aufenthaltsrecht verlängert, wenn
1. die eheliche Lebensgemeinschaft seit mindestens vier Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet bestanden hat,
 2. die eheliche Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet bestanden hat und es zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte erforderlich ist, dem Ehegatten den weiteren Aufenthalt zu ermöglichen, oder

3. der Ausländer gestorben ist, während die eheliche Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet bestanden hat, und wenn
4. der Ausländer bis zum Eintritt der in den Nummern 1 bis 3 bezeichneten Voraussetzungen im Besitz der Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung war, (...)

Der besondere Härtefall mit seiner Fristenregelung wurde abgeschafft. Eingeführt wurde der außergewöhnliche Härtefall ohne Frist. Eine außergewöhnliche Härte liegt vor, "... wenn dem Ehegatten wegen der Auflösung der ehelichen

Lebensgemeinschaft... so erhebliche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der bestehenden Rückkehrverpflichtung drohen, daß die Versagung der Aufenthaltserlaubnis als nicht vertretbar erscheinen würde." Die Dauer der ehelichen Lebensgemeinschaft ist auch weiterhin zu berücksichtigen. Zudem kann die Verlängerung versagt werden, wenn der oder die EhegattIn auf Sozialhilfe angewiesen ist.

Dies bedeutet eine massive Verschlechterung für die betroffenen Frauen!!!

Die vielfach gestellte

Anzeige:

DER RECHTE RAND

liefert zweimonatlich Informationen von und für AntifaschistInnen. Er bündelt Informationen, die vielerorts über Aktivitäten der Rechten gesammelt werden. Er richtet seinen Blick auf die terroristischen und Anti-Antifa-Aktionen der Neonazi-Gruppen wie auf Versuche, sich parlamentarisch zu etablieren. Er meldet, wie organisierter Revanchismus mit Steuergeldern floriert und was in Richtung schwarz-braune Koalitionen angesprochen wird. Er ist ein Forum für antifaschistische Diskussion und Aktion, er arbeitet strömungsübergreifend.

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINEN
DER RECHTE RAND

Für 20,- DM bzw. 25,- DM im Ausland (6 Ausgaben, incl. Porto) kann **DER RECHTE RAND** abonniert werden:
Postfach 1324,
30013 Hannover
Leseprobe (3 ältere Hefte: DM 5,-)

auch käuflich zu erwerben
im Archiv des Bunten Hauses
jeden Do. ab 17 Uhr

Forderung von Frauengruppen und Organisationen, daß sich der Härtefall auf die Mißhandlung durch den Ehepartner in Deutschland beziehen sollte, wurde vollkommen ignoriert. Der außergewöhnliche Härtefall bezieht sich ausschließlich auf die unmittelbare, individuelle Situation im Herkunftsland.

Da der Bezug von Sozialhilfe wegen möglichem " Mißbrauch" ebenfalls zur Versagung des Aufenthalts führen kann, sind die betroffenen Frauen der behördlichen Willkür schutzlos ausgeliefert.

Migrantinnen brauchen den Schutz des Rechtsstaates vor ihren mißhandelnden Ehemännern und nicht zusätzlich die gesetzliche Härte zur Gewalt des Mannes. Zur Zeit wird das Verhalten der Mißhandler weder gesellschaftlich noch von Seiten der Verwaltung sanktioniert. Nicht selten entledigen sich Ehemänner mittels des § 19 von ihrer ihnen überdrüssig gewordenen Ehefrau, mit tatkräftiger Unterstützung der Ausländerbehörden.

Für viele Frauen bedeutet das, daß sie in ihrer Gewaltbeziehung weiter- (über)leben müssen, um nicht aus Deutschland ausgewiesen zu werden. 90 bis 100 % der Migrantinnen, die in Frauenhäuser flüchten mußten, gehen aufgrund dieses massiven Drucks zurück zu ihrem Mißhandler.

Die im Grundgesetz verankerten Werte, wie die Würde des Menschen, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, Gleichheit vor dem Gesetz und das Selbstbestimmungsrecht gelten für die vom § 19 betroffenen Frauen nach wie vor nicht.

Die EU- Konferenz zu Gewalt gegen Frauen am 29./30.3.99 in Köln empfiehlt allen Mitgliedsstaaten und beitrittswilligen Ländern sicherzustellen, daß Migrantinnen ihren Aufenthaltsstatus nicht verlieren, wenn es zur Trennung vom Gewalttäter kommt. Im Rahmen der EU- Angleichung muß auch die BRD entsprechende gesetzliche Maßnahmen ergreifen.

Darum fordern wir :

- die Streichung des Begriffs " außergewöhnlich" in Verbindung mit Härte, da dies als juristischer Begriff eine zu hohe Hürde selbst für schwer mißhandelte Frauen darstellt,
- die Festschreibung von Härtefallgründen im In- und Ausland, ohne eine abschließende Aufzählung vorzunehmen,
- die Anerkennung von physischer Gewalt als Härtegrund auch außerhalb des Strafbestandes der schweren Körperverletzung, die einen bleibenden Schaden voraussetzt,
- an den Nachweis der Härte dürfen nicht die Kriterien eines Strafverfahrens angelegt werden. Aussagen von Beratungsstellen und Frauenhäusern muß Beweiskraft zugestanden werden!

Jedoch kann nur ein uneingeschränktes, eigenständiges Aufenthaltsrecht für immigrierte Ehepartnerinnen unabhängig vom Sozialhilfebezug der frauenfeindlichen und rassistischen Gewalt vom § 19 ein Ende bereiten !

Autonomes Frauenhaus Celle e.V.

Zersplittertes Leben

Gedächtnis-Ausstellung
Rubin Schmidtke im Bunten Haus

Von RWLE Möller

Als der Maler und Plastiker Rubin Schmidtke überraschend im letzten Jahr in Celle starb, hinterließ er zahlreiche Werke aus allen Schaffensperioden. Das nahmen die Veranstalter vom Bunten Haus zum Anlaß, ihn mit einer Gedächtnis-Ausstellung zu ehren und gleichzeitig den Kindern Schmidtkes durch den Verkauf der Werke eine Ausbildungsbeihilfe zukommen zu lassen.

Als Atelier-Nachbar und Wegbegleiter des Bunten Hauses war Schmidtke ihm und seiner Gedankenwelt nah. Die Bilder seiner Selbstsuche dokumentieren Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen und die Mühsal, als Mensch und Künstler in der heutigen Zeit eine Bleibe zu finden.

Die Bilder und (weniger) die Skulpturen der Ausstellung zeigen die Loslösung von klassischen und anatomisch richtigen Formen, das Lernen an den Vorbildern der klassischen Moderne bis zur Findung einer eigenen künstlerischen Darstellung zersplitterten Lebens. Dessen Sujets und Themen aber bilden dabei eine Kontinuität.

Die mit einem Rock-Konzert verbundene Eröffnung im in ungewöhnlicher Helle strahlenden Cafés des Bunten Hauses war gut und von einem interessierten, nachfragenden Publikum besucht. Die Bilder sind dort - in der Hannoverschen Str.30f, hinter der CD-Kaserne links - noch zu sehen bis zum 17. Oktober, jeweils Mittwochs und Freitags 18-21 Uhr und Sonntags während der "Volkküche" von 18-20 Uhr bei freiem Eintritt. Erlöse und Spenden werden zu 100% weitergeleitet.

Anzeige:

BioLand Demeter

Naturkostladen

Thomas

Blugarten Lavera

Tel.: 05141214771

Wir liefern dienstags ab 18.00 Uhr
direkt ins Haus innerhalb von Celle
ab einem Bestellwert von 50,00 DM
und 2,50 DM Fernkostenanteil

Öffnungszeiten

Mo - Fr	9.00 - 13.00
	15.00 - 18.00
Sa	9.00 - 13.00
Bernstorffstraße 26	

Auro Rapunzel



Termine

Gegen die Idiotie des Landlebens



Oktober

Bis Sonntag 17.10.

"Rubin Schmittke-Gedächtnisausstellung" im Bunten Haus. Jeweils Mi/Fr/So von 18-21 Uhr

Bis Sonntag 10.10.

Ausstellung "RWLE Möller - Best of", täglich geöffnet von 10-16.30 Uhr (außer Montag), Celler Schloß

Sonntag 03.10.

Ausstellungseröffnung "Inge Frisus" Beginn 11.30 Uhr im Wirtshaus zum Reiherpfahl Hehlenkamp 2 in Celle

Mittwoch 06.10.

Ab 20 Uhr spielt die bulgarische Band "Boheme Ragtime" Jazz im VIP-Club in der Hehlentorstr. 16

Mittwoch 06.10.

Vollversammlung im Bunten Haus Offenes Treffen für linke Politik ab 20 Uhr

Donnerstag 07.10.

Eröffnung des LOOP (ehemals Celler Loch) in der Bahnhofstr. 24

Donnerstag 07. & Freitag 08.10.

Das Kino Achteinhalb zeigt um 20.30 Uhr den Film "The opposite of sex" (USA, März 1999, 105 Min, Regie/Buch: Don Roos)

Freitag 08.10.

Vortrag und Lesung mit Guido E. Öztanil: "Wortmetzerreien aus Bargfeld - Arno Schmidt zum 85." Geburtstag im Buchfinken

Sonntag 10.10.

Zur Woche der ausländischen MitbürgerInnen findet ein multikulturelles Fest unter dem Motto "Zusammen Leben - Zusammen Feiern" in der Halle 10 der CD-Kaserne (Hannoversche Str. 30d) statt.

Sonntag 10.10.

Flohmarkt auf dem Findelhof in Bockelskamp

Montag 11.10.

"Filme mit und für Frauen" zeigt den Film "Lola rennt" im VSE - Mädchen und Frauen, Siemensplatz 1 in Celle um 19.30 Uhr

vom 15.10. bis zum 14.11.

"Schwarzer Jahrmarkt" Eine Revue zur Stunde Null von Günter Neumann im Schlosstheater

Samstag 16.10.

Ab 15.30 Uhr Tauschringtreffen in der Familienbildungsstätte in der Fritzenwiese 9.

Samstag 16.10.

Flohmarkt im Französischen Garten von 09 - 16 Uhr

Samstag 16.10.

Roger Trash (Strassenlyriker) im LOOP (ehemals Celler Loch)

Dienstag 19.10.

Ab 21 Uhr spielen Mad Minority (Go) und Lickity Split (USA) im UJZ Kornstr. in Hannover



Freitag 15.10.

Das Kino Achteinhalb zeigt den Film "Zazie in der Metro" (Frankreich 1960 Regie: Louis Malle) Beginn: 20.30 Uhr

Samstag 16.10.

4 mal Punkrock mit Post Regiment (Pol), Dir Yassin (Israel), 12 Aulidos (Spanien) und Les Then One (USA) ab 21 Uhr in der Sturmglocke (Schauffelderstr. 33) in Hannover

Samstag 16.10.

Kunst und Bühne (Nordwall 46) "Evi und das Tier" Chanteuse Evi Niessner und Pianör Mr Leu präsentieren berlino-amerikanisches Entertainment zwischen Rotlicht und Wahnsinn. Beginn 20 Uhr Eintritt: 15 bzw. 10 Mark

Mittwoch 20.10.

Konzert mit "Lickity Split" (USA) und noch einer Band. Alter Ami-Punkrock für die ganze Familie. Ab 21 Uhr im Bunten Haus in Celle

Freitag 22.10.

Ab 22 Uhr spielen "the Blooze" im VIP-Club in der Hehlentorstr. 16

Freitag 22.10.

Kino Achteinhalb zeigt um 20.30 Uhr "Barton Fink" (USA 1991 Buch und Regie: Joel & Ethan Coen)

Samstag 23.10.

Kunst und Bühne präsentiert: "Frauen sind keine Engel" Chansons von Silvia Sanders Beginn 20 Uhr Eintritt: 15 bzw. 10 Mark im Nordwall 46



Termine

Gegen die Idiotie des Landlebens



Samstag 23.10.

Flohmarkt in Ehlershausen auf dem Minigolfplatz.

Donnerstag: 26.10

Konzert mit Quid (emocore) im LOOP (ehemals Celler Loch) ab 17 Uhr

Freitag 29.10.

Ab 21 Uhr gibt's Country&Western mit der Band "Route 66" im VIP-Club in der Hehlentorstr. 16

Freitag 29.10.

Kino Achteinhalb zeigt "Lichter der Großstadt" (USA 1931 von und mit Charly Chaplin), 20.30 Uhr

Samstag 30.10.

Kunst und Bühne (Nordwall 46) präsentiert: "Gelebte Leben" politische und private Chansons von Uschi Amberger Beginn 20.00 Uhr / Eintritt: 15 bzw. 10 DM

November

Mittwoch 03.11.

wahrscheinlich findet an diesem Tag die nächste Vollversammlung statt. Die VV ist ein offenes Treffen für linke Politik. Ab 19 Uhr im Bunten Haus

Sonntag 07.11.

Ab 11 Uhr Referiert Reinhard von Plessen (Celle) in der Gedenkstätte Bergen-Belsen zum Thema "Friedrich von Rabenau. Wie christl. Verantwortung in Widerstand und Konzentrationslager führte."

Sonntag 07.11.

Flohmarkt auf dem Findelhof in Bockelskampkamp.

Montag 08.11

Ab 18 Uhr Tauschringtreffen in der Familienbildungsstätte in der Fritzenwiese 9

Montag 08.11.

"Filme mit und für Frauen" zeigt den Film "Das Leben ist eine Baustelle" im VSE-Mädchen und Frauen, Siemensplatz 1 in Celle um 19.30 Uhr

Sonntag 21.11.

Ab 14 Uhr findet in der Gedenkstätte Bergen-Belsen eine Führung mit Wolfgang Engels durch das Gelände des ehemaligen Lagers unter dem Thema "Sowjetische Kriegsgefangene in Bergen-Belsen" statt.

Sonntag 28.11.

Ab 14.30 Uhr findet in der Gedenkstätte Bergen-Belsen eine Führung. Mit Sabine Bergmann zum Thema "Steinerne Zeugen der Geschichte des Konzentrationslagers Bergen-Belsen" statt.

Anzeige:

Ständige Termine:

Treffen der Schwine

(Schwule in Celle) Montags ab 20 Uhr in den Räumen der AIDS-Hilfe, Großer Plan 12 in Celle (Tel. & Fax: 05141/ 28577 Email: rwlem@t-online.de

Schwulenstammtisch

Samstags ab 20 Uhr im "VIP- Club" Hehlentorstrasse 16 in Celle.

Bürozeiten der PDS

(Kreisverband Celle) Dienstag und Donnerstag: 18.00 Uhr Bergstr. 50, 29221 Celle Tel: 05141/550 420 Fax: 05141/550 421 mail@pdscelle.de Homepage: www.pdscelle.de

Arbeitskreis eine Welt

jeden Mittwoch um 20 Uhr im Weltladen (An der Stadtkirche 10)

Weltladen

(An der Stadtkirche 10) Öffnungszeiten:
Di+Mi: 10-17 Uhr
Do: 15-17 Uhr
Fr: 9.30-12.30, 15-17 Uhr
Sa: 10-12 Uhr

Ständige Termine im Bunten Haus

(CD-Kaserne hinten links "Halle 12" Hannoversche Str 30 f, Tel 907927)

Fahrradwerkstatt	je. Dienstag 16-19 Uhr
INTI(Anti-AKW)	je. Dienstag 19 Uhr
Archiv	je. Donnerstag 17-19 Uhr
KDV-Beratung	je. Donnerstag 17-19 Uhr
Plenum	je. Donnerstag 19 Uhr
Volxküche	je. Sonntag 18 Uhr



thun

**Massivholzmöbel
Regalsysteme
Orthopäd. Matratzen
Handgewebte Stoffe
Naturfarben**

**Massivholz-Bett
Nr. 842**
in allen Größen
- gedü. u. gewaschen
- farbige Lasuren
- lackiert



Reichhaltiges Zubehör,
viele Varianten möglich.
Prospekt anfordern!

Am Berge 23 · Celle
Tel. 0 51 41 - 3 12 47 · Fax 3 37 69
Mo.-Fr. 10:00-12:00 + 16:00-18:00
(außer Mi. nachmittag) · Sa. 10:00-12:00